

Die Gleichheit

Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen

Mit den Beilagen: Für unsere Mütter und Hausfrauen und Für unsere Kinder

Die Gleichheit erscheint alle vierzehn Tage einmal.
Preis der Nummer 10 Pfennig, durch die Post vierteljährlich
ohne Bestellgeld 55 Pfennig; unter Kreuzband 85 Pfennig.
Jahres-Abonnement 2,60 Mark.

Stuttgart
19. Februar 1913

Zuschriften an die Redaktion der Gleichheit
sind zu richten an Frau Clara Zetkin (Zundel), Wilhelmstraße,
Post-Belegloch bei Stuttgart. Die Expedition befindet sich
in Stuttgart, Furtach-Straße 12.

Inhaltsverzeichnis.

Rüsten wir für unseren Tag! — Kampf- und Kriegsjahr. III. Von H. B. — Bezirks-Frauentagungen. III. Von Luise Fick. — Frauenarbeit in Finnland. Von M. M. — Frauen- und Kinderarbeit in Sachsen. II. Von H. F. — Die Landarbeiterfrage auf dem Verbandstag der Landarbeiter und auf dem Preuentag. Von F. — Schredliche Folgen der Ministerweisheit. Von R. R.
Aus der Bewegung: Der sozialdemokratische Frauentag. — Von der Agitation. — Ein Fest für die Kinder in Frankfurt a. M. — Amalie Taubert †. — Politische Rundschau. Von H. B. — Gewerkschaftliche Rundschau. — Aus der Textilarbeiterbewegung. Von sk. — Ein Schiedsspruch im Lohnkampfe der Holzarbeiter. Von fk.
Notizenteil: Stellnerinnenfrage. — Sozialistische Frauenbewegung im Ausland. — Frauenstimmrecht. — Frauenbildung. — Fürsorge für Mutter und Kind. — Die Frau in öffentlichen Ämtern.

Rüsten wir für unseren Tag!

Der Dritte Sozialistische Frauentag steht vor der Tür. Unter dem Zwange äußerer Umstände findet er in Deutschland früher statt als in den beiden letzten Jahren und ist später beschlossen worden als damals. So ist die Zeit knapp bemessen, die seiner Vorbereitung dienen kann. Auch sonst steht der Frauentag heuer unter keinem guten Stern. Die Kräfte des politisch und gewerkschaftlich organisierten Proletariats sind gegenwärtig und in den kommenden Wochen durch wichtige Aktionen und Kämpfe außerordentlich angespannt. Im Baugewerbe, in der Holzindustrie und anderen großen Erwerbsgebieten sind Tarifbewegungen im Gange, die möglicherweise zu harten, langwierigen Auseinandersetzungen zwischen dem ausbeutenden Unternehmertum und der ausgebeuteten Lohnarbeiterchaft führen. Schwere Wahlkämpfe zu den Landtagen liegen in mehreren deutschen Bundesstaaten hinter der Sozialdemokratie. Andere müssen von ihr demnächst ausgenommen werden, darunter der Wahlkampf in Preußen, der an Umfang und Bedeutung alle übrigen seinesgleichen bei weitem übertrifft. Er ist mehr als Wahlkampf im landläufigen Sinne: ein Wahlrechtskampf, vom Proletariat mit ungestümmter Wucht und zäher Geduld geführt, dessen Wirkungen über das politische Leben im ganzen Reiche ausstrahlen.

In unseren Genossinnen ist die Überzeugung lebendig, daß alle Aufgaben des Klassenbewußten Proletariats, die der Tag mit sich bringt, auch die ihren sind. Sie sind insbesondere dessen eingedenk, daß der bevorstehende Wahlkampf in Preußen auch ihrem Rechte gilt. Der letzte Parteitag der preussischen Genossen hat es neuerlich unzweideutig bestätigt, daß die Forderung des Frauenwahlrechts auf dem Banner steht, das die Sozialdemokratie den Massen vorantreibt. Freudig werden die Genossinnen ihre ganze Kraft in den Wahlkampf einsetzen, bei dem ihre treue Mithilfe von der Partei kaum entbehrt werden könnte. Kann unter dem Zusammentreffen der aufgezeigten Umstände der diesjährige Frauentag ein Erfolg sein? So mögen sich manche Genossinnen fragen, wenn sie die Situation überschauen.

Wir möchten ihnen mit dem Bibelwort antworten: „Ihr Kleingläubigen, warum seid ihr so furchtbar!“ Warum habt

ihr so wenig Vertrauen in die eigene Kraft? Kennt ihr sie nicht oder schätzt ihr sie so gering ein, daß ihr um eine Sache zittert, die in eurer Hand liegt? In der Tat: allen ungünstigen äußeren Umständen zum Trotz kann unser Frauentag ein großer Erfolg sein, und er muß es werden, wenn ihr Genossinnen wollt, und wenn ihr handelt.

Zugegeben, daß die Parteiorganisation, daß die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter und Arbeiterinnen in diesem Augenblick ihre Kraft nicht in dem gleichen Maße wie in den beiden Vorjahren auf den Frauentag konzentrieren können. Unbestritten ferner, daß die allgemeinen Aufgaben der sozialistischen Arbeiterbewegung auch eure eigene Zeit und Energie einfordern. Aber in welchen Sternen steht denn geschrieben, daß euer Leistungsvermögen damit zu Ende sei? Alles, was ihr im Dienste eurer Überzeugung tut, was ihr der Enge und Härte des proletarischen Daseins abzwängt, ist ein einziger großer Beweis für dieses Wort Schillers: „Es wächst der Mensch mit seinen höheren Zwecken.“ Und ihr solltet nicht wachsen an Wollen, Tatkraft und Opferfreudigkeit, wenn es um den hohen Zweck des Frauentags geht! Der Erfolg dieser sozialistischen Kundgebung für gleiches Recht, freie Entwicklungsmöglichkeit des weiblichen Geschlechts muß euer eigenstes Werk sein. Sicherlich nicht in dem Sinne, daß ihr auf eigene Faust, über die Köpfe der Genossen hinweg, ohne die Zustimmung der gemeinschaftlichen Organisationen, ja gegen deren Willen handelt. Wohl aber solltet ihr in allem, was den Frauentag betrifft, innerhalb der Organisation die Anregenden, Vormärtsstrebenden sein. Und weiter noch: auch die Ausführenden der gemeinsam beratenen und beschlossenen Arbeiten zur Vorbereitung und Durchführung unserer Veranstaltungen. Die ganze Summe dieser Arbeiten möglichst selbst zu leisten — von den unscheinbaren kleinen Mühen im verborgenen, die niemand kennt und nennt, bis zur Mitwirkung in vollster Öffentlichkeit, im Angesicht von Tausenden — das sei euch Ehre und Glück zugleich.

Die gute Vorbereitung, die wirksame Gestaltung des Frauentags stellt die zahlreichsten, die verschiedensten Aufgaben. Da gibt es Betätigungsgelegenheit für jede Kraft, mag sie noch so schwach, ungeübt und ängstlich sein. Und jedes Mittum ist zum Gelingen des großen Ganzen so wertvoll, so unentbehrlich, daß auch das äußerlich Kleine innere Größe erhält, wenn es ganz getan wird. Jede von uns muß sich mit der Überzeugung erfüllen, daß gerade ihr Herz und ihre Hand bei der Vorbereitungsarbeit nicht fehlen darf, wenn der Frauentag zu einem vollen Erfolg werden soll. Und keine darf nur mit halber Seele dabei sein. Wenn — um nur eines herauszugreifen — von heute an bis zum 2. März jede überzeugte Genossin den Tag für verloren hält, an dem sie nicht wenigstens eine Proletarierin als aufgeklärte Rechtsfordernde gewonnen hat: so müßten sich die größten Säle als zu klein erweisen, unsere Demonstrationsversammlungen zu beherbergen. „Wenn, ja wenn!“ so fichern die Spötter. Genossinnen, handeln wir aus der Kraft

Obligator. Nebenorgan zum „Textilarbeiter“ für Frauen, die wie ihre Männer Mitglieder des Deutschen Textilarbeiter-u.-Arbeiterinnen-Verb. sind.

der Überzeugung, die Berge versetzt, und statt „wenn“ wird es heißen: „es war!“ Der Erfolg unserer Kundgebung muß uns für den Schmerz entschädigen, daß wir leider nicht am gleichen Tage mit unseren Genossinnen in Österreich, Holland usw. demonstrieren können. Er muß diesen sagen, wie fest wir trotzdem in dem Kampfe für das gleiche Ziel mit ihnen verbunden sind.

Die Zeiterscheinungen und Zeitereignisse künden, wie dringend die Proletarierinnen des Wahlrechts bedürfen, um ihre Interessen und die ihrer Lieben während mitzuhelfen, „das alte, morsche Ding, den Staat“ jungzuhämmern. Reden nicht Teuerung, Wohnungsjammer, Schulelend davon, von Müstungen ohn' Ende, Krieg und Kriegsgefahr, Bedrohung der Koalitionsfreiheit und anderem zu schweigen! Und wird es nicht immer offensichtlicher, daß das Proletariat alle Quellen seiner Macht erschließen und strömen lassen muß, damit es die Gewalt seiner Feinde bricht? Seine Heeresmassen bleiben schon der Zahl nach unzulänglich ohne die Millionen schaffender Frauen, und beim Schleifen der feindlichen Zwingburgen wie beim Aufbau der neuen sozialen Ordnung kann es die geistigen und sittlichen Werte weiblicher Eigenart nicht missen. Der Sozialismus gewährt nicht nur, er fordert, daß jeder einzelne um seiner selbst wie um der großen Familie der Allgemeinheit willen alle Kräfte des Leibes und der Seele entfaltet. Das Frauenwahlrecht aber öffnet eines der großen Tore zu den proletarischen Frauenmassen und ihrer Erziehung für den Gegenwartskampf und die Zukunftsfreiheit. Daher — allerdings nicht daher allein! — trägt auch dieses Jahr wieder die Sozialdemokratie den Frauentag, und die gewerkschaftlich organisierte Arbeiterschaft läßt es an seiner Förderung nicht fehlen. Im Lager der bürgerlichen Demokratie feilscht man um die Bettelpennige, die man als Abzahlung auf die volle Gleichberechtigung des weiblichen Geschlechts gewähren will. In der Welt des klassenbewußten Proletariats wertet man es als *nobile officium* — als eine Ehrenpflicht —, die Steige zu ebnen für die Frau als Bürgerin in Gemeinde und Staat, für das Weib als Vollmensch. Der Sozialismus verpflichtet! Darum, Genossinnen, kein Bangen und Zagen um den Erfolg des 2. März. Tatkräftige Arbeit für seinen Erfolg! Mühen wir für unseren Tag.

Kampf- und Kriegsjahr.

III.

Der Streit zwischen der Berliner und der Kölner Richtung im Zentrum ist im vergangenen Jahre mit großer Heftigkeit weitergeführt worden. Jene, die im feudalen Osten überwiegt, will die strengste konfessionelle Abschließung der Katholiken, während diese, die im Westen unter der aufsteigenden katholischen Bourgeoisie vorherrscht, unter dem Drucke der kapitalistischen Entwicklung einen gewissen Ausgleich mit den Bedürfnissen der modernen Kultur mehr vorzuspiegeln als wirklich herbeizuführen sucht. Die Berliner sehen den heiligen Glauben bedroht, wenn das Zusammenwirken mit den evangelischen Kerkern auf allen möglichen Lebensgebieten immer enger wird. Die Kölner denken an praktischere Dinge, an die Behauptung der politischen Macht des Zentrums, an die Notwendigkeit des engen Zusammenhaltens aller Ausbeutenden und Besitzenden gegen den Umsturz. In der politischen Organisation, eben in der Zentrumsparterie, haben diese Elemente, die die unmittelbaren politischen und wirtschaftlichen Zwecke in den Vordergrund stellen, die Oberhand, und sie nützen ihre Macht gegen die Berliner in rücksichtsloser Weise aus. Sie üben brutalen Zwang und kämpfen mit gewissenloser persönlicher Verdächtigung gegen ihre Gegner, die es dafür an derben christlichen Beschimpfungen und Denunziationen bei der kirchlichen Obrigkeit nicht fehlen lassen. Diese steht zumeist auf der Seite der Berliner, wagt aber doch nicht, ernstlich mit der geschlossenen Macht der Kölner im Zentrum anzubinden,

schon um nicht das Ansehen und die Bedeutung der für die katholische Kirche höchst wertvollen Partei zu schädigen. Herrschen doch die Kölner im Zentrum so unumschränkt, daß sie dem Grafen Dppersdorf, dem einzigen Reichstagsabgeordneten der Berliner Richtung, den Eintritt in die Zentrumsfraktion sperren konnten. Für die Entwicklung des Zentrums ist es bezeichnend, daß auf dem Katholikentag zuachen der Kampf gegen die klassenbewußte Arbeiterbewegung den breitesten Raum einnahm. Die schwarze Partei nähert sich immer mehr dem Punkte, da sie auch Ausnahmegeetze gegen die Arbeiterklasse gutheißend wird — in Bayern hat das Zentrum bereits diese Bahn betreten, hier kann ihm sein Handlanger v. Hertling gar nicht scharf genug gegen die freien Gewerkschaften wüten.

Mit am heizigsten umstritten im Kampfe der Berliner und Kölner sind die christlichen Gewerkschaften. Die Berliner hassen sie als Treibhäuser religiöser Laubheit, als Brutstätten gemischter Ehen, die Kölner sehen in ihnen das einzige Mittel, die Arbeiter im Banne des Zentrums zu halten. Sie sind überzeugt, daß die freien Gewerkschaften noch an Anziehungskraft für die katholischen Arbeiter gewinnen würden, wenn die christlichen Arbeiterorganisationen durch die Spaltung in katholische und evangelische im wirtschaftlichen Kampfe noch mehr geschwächt werden sollten, als sie es durch die Trennung von der klassenbewußten Arbeiterschaft ohnehin schon sind. Der Streit um die Gewerkschaftsform ist zugleich auch ein Konkurrenzkampf zwischen den christlichen Gewerkschaften und den von der Berliner Richtung gegründeten rein katholischen Fachabteilungen. Zu ganz besonderer Schärfe gedieh er im Sommer des Jahres 1912. Die Berliner gingen nämlich mit einem Worte des Papstes hausieren, das sich in schroffer Weise für die Fachabteilungen und gegen ihre Konkurrenten ausdrückte. Die in ihrer Existenz bedrohten christlichen Gewerkschaften wehrten sich in so rüder Weise, daß die Autorität der Kirche dabei nicht ganz unbeschädigt bleiben konnte. So sah sich denn der Papst genötigt, Waffenstillstand zu gebieten und die Entscheidung des Streites in einer Enzyklika zu unternehmen. Im November erschien die päpstliche Willensmeinung. Sie verbarg die Vorliebe des Heiligen Vaters für die Berliner Fachabteiler nicht, mußte aber die christlichen Gewerkschaften bis auf weiteres doch dulden, allerdings nur auf Widerruf, sowie unter strenger Aufsicht der Bischöfe. Freilich sind die christlichen Gewerkschaften in Deutschland als Schutztruppe der Herrschenden und Besitzenden zu sehr geschätzt, als daß man in Rom hätte wagen dürfen, sie ganz zu verbieten. Hatte sich doch der Reichskanzler eigens für sie beim Papste verwendet.

Den Unternehmern aber genügt das arbeiterverräterische Wirken der christlichen und der gelben Organisationen noch nicht. Sie fordern immer lauter und heftiger die Beräumung des Koalitionsrechtes. Alle möglichen Unternehmerorganisationen, auch die Handelskammern wurden im vergangenen Jahre zu einem förmlichen Petitions- und Resolutionssturm veranlaßt; Verbot des Streikpostenstehens, größerer Schutz für die Arbeitswilligen wurde immer aufs neue von Regierung und Gesetzgebung verlangt. Auch der liberale Hansabund machte dieser immer stärker anschwellenden Scharfmacherströmung Zugeständnisse und forderte eine Verschärfung der schon überhörschen polizeilichen und gerichtlichen Maßnahmen gegen die um bessere Arbeitsbedingungen kämpfenden Proletarier. Auch die Regierung ließ erkennen, wie feindlich sie dem Koalitionsrecht der Arbeiter gesinnt ist.

Der Herbst brachte dem deutschen Volke eine böse Steigerung der ständigen Fleischnot, und das in einer Zeit, in der fast alle Lebensbedürfnisse verteuert sind. Die Verschärfung der Fleischnot war die Folge der Dürre des Sommers 1911, die eine Verminderung des Viehbestandes notwendig gemacht hatte. Sie war vorauszu sehen und sie war vorausgesagt worden. Die Reichsregierung aber hatte keinen Finger gerührt, um durch Öffnung der Grenzen für Vieh- und Fleischzufuhr aus dem Ausland dem Schlimmsten vorzubeugen. Und sie

blieb auch noch geraume Zeit taub gegen alle Forderungen nach Abhilfe, die die Bevölkerung in Hunderten von der Sozialdemokratie einberufenen Massenversammlungen erhob. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion, die vom Reichskanzler die sofortige Einberufung des Reichstags verlangte, wurde glatt abgewiesen. Was die Regierung schließlich den darbedenden Massen zu geben hatte, war so gut wie nichts. An den Grenzen wurde ein kleiner Spalt geöffnet, und die Fleischzölle wurden um ein Winziges für Stadtverwaltungen herabgesetzt, die von der staatlichen Aufsichtsbehörde die Erlaubnis zur beschränkten Einfuhr ausländischen Fleisches erhalten würden. Viel wichtiger als die Versorgung des hungernden Volkes ist dieser Regierung die Versorgung der Junker und Großbauern mit „lohnenden Viehpreisen“. Im preussischen Abgeordnetenhaus erklärte Bethmann Hollweg, das Volk habe im nationalen Interesse die Pflicht, sich das Fleisch selbst in Teuerungszeiten noch durch Zölle und Grenzsperrn zugunsten der Agrarier künstlich verteuern zu lassen. Denn nur wenn den Viehzüchtern der Teuerungsbeitrag vom Volke gezahlt wird, könnte die Fleischversorgung Deutschlands vom Ausland unabhängig gemacht werden. Das sagte dieser Staatsweise, unbekümmert um die Erfahrung eines Jahrzehnts, in dem die immer wiederkehrende Fleischnot gezeigt hat, daß die deutsche Landwirtschaft eben nicht imstande ist, den Fleischbedarf der wachsenden Bevölkerung des Reiches zu decken. Das Opfer für das „nationale Interesse“ läuft auf die Verurteilung der Mehrheit des Volkes zur Unterernährung hinaus, auf daß einer kleinen raffgierigen Minderheit die weiten Taschen gefüllt werden. Aber Bethmann Hollweg durfte dies nationale Hunger-evangelium ohne Scheu verkünden, er durfte mit eiserner Stirn die Aufhebung des § 12 des Fleischbeschaugesetzes verweigern, der die Einfuhr argentinischen und australischen Gefrierfleisches verhindert. Denn er hat nicht nur im Hause des Dreiklassenwahlrechts, sondern auch im Parlament des allgemeinen Wahlrechts, im Reichstag, eine geschlossene Bollwuchermehrheit hinter sich, die auch die größte Not der Massen nicht wankend macht. Am Schlusse der großen Reichstagsdebatte über die Fleischnot im November stießen zur sozialdemokratischen Fraktion nur einige dreißig Fortschrittler und stimmten für die Resolution, die das Verhalten des Reichskanzlers mißbilligte. Mit 225 gegen 140 Stimmen wurde sie abgelehnt. Und dabei war den Fortschrittlern in der Debatte mit vollem Rechte von den Rednern der Mehrheit entgegengehalten worden, daß sie nach ihren Mannheimer Erklärungen gar nicht mehr befugt wären, gegen die Fleischzölle und Grenzsperrn aufzutreten. Nationalliberale und Zentrum halfen den Junkern die Mehrheit für die Auswucherung des Volkes bilden. Da beide Parteien aber auch auf städtische Wähler Rücksicht zu nehmen haben, das Zentrum zudem mit nicht unbeträchtlichen Massen von Proletariern zu rechnen hat, so taten sie, als ob die jämmerlich unbedeutenden Hollarzmäßigungen und die winzigen Löcher in der Grenzsperrre Wunder was für Zugeständnisse seien. Daß das Zentrum aber gar keine durchgreifende Maßregel gegen die Fleischnot zulassen würde, das gab die „Kölnische Volkszeitung“ mit brutaler Offenheit zu erkennen. Sie erklärte, der § 12 des Fleischbeschaugesetzes müsse eben noch weiter verschärft werden, wenn es dem Fortschritt der Gefrierfleischtechnik gelingen sollte, Fleisch nach Deutschland zu bringen, das seinen Anforderungen entspreche. Das billige Gefrierfleisch, das die Engländer ohne Schaden für ihre Gesundheit verzehren, soll dem deutschen Volke nicht zugute kommen, damit die Viehzüchter ihre hohen Profite behalten.

Gegen die Gefrierfleißeinfuhr erklärten sich übrigens auch die Fleischermeister. Selbst gegen die Einfuhr frischen Fleisches in den engen Grenzen, wie sie die Notstandsverfügungen den größeren Städten gestatteten, traten sie auf. Sie wollten nur die Einfuhr lebenden Viehs, damit ihr Profit an den Nebenprodukten nicht leide. In den meisten Städten verweigerten die Fleischermeister die Mitwirkung

beim Verkauf des ausländischen Fleisches, weil ihnen der Verdienst daran zu gering war. In Berlin versuchten sie sogar durch Bruch der Abmachungen im letzten Augenblick den Verkauf unmöglich zu machen und brachten es durch dies aufreizende Verhalten dahin, daß die vergeblich wartenden Frauen in einigen Markthallen des Nordens ihrer Erbitterung durch Tätlichkeiten Luft machten. Auch in Schlesien kam es zu Teuerungskrawallen. Sie bildeten eine düstere Begleitung zu den wichtigen Protestversammlungen, zu denen die Massen im November auf den Ruf der Sozialdemokratie strömten.

Diese Massenversammlungen aber hatten sich alsbald noch gegen eine andere furchtbare Ausgeburt des Kapitalismus zu wenden. Neben die Teuerung trat die Kriegsgefahr, das dräuende Gespenst des Weltkriegs. Der Balkankrieg drohte bald nach seinem Ausbruch die Völker ganz Europas in seinen furchtbaren Strudel zu ziehen, der schroff aufbrechende österreichisch-serbische Gegensatz die Welt in Flammen zu setzen. Da erhob das Proletariat seine Stimme zu erstem, entschlossenem Einspruch. In gewaltigen Massendemonstrationen, die die Augen der ganzen Welt auf sich lenkten, setzte es seinen festen Willen zum Frieden den Kriegsgelüsten und den Kriegstendenzen der bürgerlichen Welt entgegen. In den internationalen Massenversammlungen des 17. November, die in den Hauptstädten Europas tagten, und in den erhebenden Beschlüssen des großartigen außerordentlichen internationalen Sozialistenkongresses zu Basel am 24. November sagte das Proletariat den Herrschenden mit aller Deutlichkeit, daß der Weltkrieg die soziale Revolution im Gefolge haben wird, und scharf zog es den Trennungsstrich zwischen der sozialistischen Gemeinschaft der Unterdrückten aller Nationen und der national zerklüfteten, von Raubtiergelüsten erfüllten Welt der Unterdrücker und Ausbeuter.

Im deutschen Reichstag aber forderte gleich darauf der nationalliberale Wasserfall die Regierung auf, eine neue Nützlichkeitsvorlage einzubringen, ohne nach der Deckung erst zu fragen. Und der Wehrverein, der nach der Verabschiedung der letzten Militärvorlage das Licht der Welt erblickte, beeilte sich, die völlige Unzulänglichkeit der letzten Heeresverstärkung nachzuweisen. Die bürgerliche Welt muß ihr Schicksal erfüllen.

H. B.

Bezirks-Frauenkonferenzen.

III.

Am 8. Dezember fand für den Bezirk Dresden im Volkshaus der sächsischen Residenz eine Frauenkonferenz statt, die einberufen war und geleitet wurde von der Bezirksleitung. Außer den weiblichen Delegierten aus acht Kreisen waren auch die Kreisleiter anwesend. Nach dem einleitenden Referat der Unterzeichneten erstatteten die weiblichen Vorstandsmitglieder der einzelnen Kreise Bericht über den Stand der Frauenbewegung und besprachen zugleich die von der Referentin gemachten praktischen Vorschläge, denen sie rückhaltlos zustimmten. Aus den Diskussionsreden sämtlicher Genossinnen, die das Wort ergriffen, leuchtete der lebhafteste Wunsch, mehr mitarbeiten zu können im Dienste der Partei und in umfassenderer Weise die Agitation unter den Indifferenten zu betreiben.

Die geäußerten Wünsche verdichteten sich zu folgenden Anträgen und Resolutionen, die von der Konferenz angenommen und der Bezirksleitung überwiesen wurden: 1. Die weiblichen Vorstandsmitglieder der Kreise bilden mit dem Gesamtvorstand und der Bezirksleitung eine Kommission, die nach Bedarf zu einer Aussprache über die zu entfaltende Agitation zusammentritt. 2. Möglichst an allen Orten sind Lesebände zur Schulung der Genossinnen einzurichten. 3. Für die Weiterbildung der fortgeschrittenen Genossinnen sind Kurse einzurichten. 4. Um die Agitations- und Schulungsarbeiten unter den Genossinnen planvoller betreiben zu können, ist eine Partei-

sekretärin anzustellen. 5. In die Bezirksleitung und in den Landesvorstand ist je eine Genossin zu wählen.

Von der Bezirksleitung wurde in Aussicht gestellt, daß, wie in früheren Jahren, auch heuer eine Agitationstour durch den ganzen Bezirk veranstaltet werde. Im 6. und 4. Kreis ist zurzeit Genossin Röhler-Berlin agitatorisch tätig. Eine Versammlung in Langlebrück bei Dresden, die am Abend vor der Konferenz einberufen war, brachte uns die ersten 39 weiblichen Mitglieder für den Ort, und dieser Tage traf die Meldung ein, daß der erste, gutbesuchte Lesabend stattgefunden habe, dem regelmäßig weitere folgen sollen. Ein kleiner Beweis für die Wichtigkeit unserer Bewertung der Bezirkskonferenzen: schlummernde Kräfte werden geweckt, bereits geweckte weiterentwickelt, ihnen der Weg und die Mittel für ihre Betätigung gezeigt. Mit besonderer Freude erfüllte mich die Tatsache, daß am Schlusse der Konferenz verschiedene jüngere Genossinnen, denen die Arbeitsfreudigkeit aus den Augen leuchtete, zu mir kamen und ganz beglückt erklärten: „Nun wissen wir doch, wie wir es anpacken müssen, um Gutes zu leisten und der Bewegung vorwärts helfen zu können.“ Es ist nicht die erste Konferenz, auf der diese oder ähnliche Worte fielen, auch wurde der Wunsch geäußert, der Vortrag möge als kleine Broschüre erscheinen. Es wird zu überlegen sein, ob ihm nicht Rechnung getragen werden kann.

Im alten Jahre fanden ferner noch Konferenzen statt in Hamburg, Berlin und den beiden Kreisen Niederbarnim und Teltow-Weeskow. In Hamburg, das ein vorzüglich aufgebautes Bildungswesen hat, wurde der Wunsch der vertretenen Genossinnen laut, es möchten mehr Lesabende eingerichtet werden, die bei der Schulung der Genossinnen als Vorstufe für die allgemeinen Bildungseinrichtungen der Partei dienen könnten. Von allen Seiten, auch vom Genossen Stubbbe und der Unterzeichneten, wurde weiter betont, daß ernster Wille und Ausdauer vorhanden sein müssen, wenn die Genossinnen geistig emporsteigen wollen. Einig waren die Genossinnen ferner in dem Wunsche, daß recht oft gut vorbereitete Frauensammlungen zu veranstalten seien, die die Zahl der weiblichen Parteimitglieder vergrößern würden, und daß die organisierten Genossinnen sich in steigendem Maße an der Parteiarbeit beteiligen möchten.

In Berlin und seinen Vororten finden öfter Zusammenkünfte der leitenden Genossen und Genossinnen statt, meist vor einer größeren Aktion. Die Vorbereitungen zu einer solchen werden dann mit Rücksicht auf die Förderung der Frauenagitation erörtert, und es wird ihnen dadurch ein um so besseres Gelingen gesichert. Für die sechs Berliner Stadtkreise und unabhängig davon für die Kreise Niederbarnim und Teltow-Weeskow sind neben den Lesabenden auch in diesem Winter Kurse zur Schulung der fortgeschrittenen Genossinnen eingerichtet worden.

Über die Konferenzen in den ersten Monaten des Jahres 1913 berichten wir demnächst. Luise Biech.

Frauenarbeit in Finnland.

Das Zentralorgan der finnischen Sozialdemokratie „Työmiehen“ — Der Arbeitmann — in Helsingfors veröffentlicht auf Grund einer amtlichen Statistik über die Frauenarbeit in Finnland interessantes Material. Wir geben es hier wieder, weil es die wirtschaftliche Entwicklung des Landes beleuchtet.

Wie in den anderen Industrieländern, so hat der Kapitalismus auch in Finnland bewirkt, daß die Frau gleich dem Manne ihre Arbeitskraft als Marktware verkaufen muß, und zwar billiger als der männliche Arbeitsgenosse. Gerade die Billigkeit der Frauenarbeit ist als ein Grund dafür anzusehen, daß die Frauenarbeit von Jahr zu Jahr wächst. Das Kapital hat sich in der Frau gewissermaßen ein Mittel nutzbar gemacht, um die Arbeitskraft so schonungslos wie nur möglich ausbeuten zu können. Auf den Verdienst angewiesen, ent-

wickelt die Frau weniger Widerstand und Kampfesenergie als der männliche Arbeitsgenosse; sie steht sowohl wirtschaftlich wie auch physisch hinter dem Manne zurück, und diese ihre natürlichen und geschichtlich gewordenen Schwächen nutzt das Kapital in der Weise aus, daß es auf dem Arbeitsmarkt die Frau zur Schmutzkonkurrentin des Mannes macht. Nach der amtlichen Statistik hat sich die Frauenarbeit in der finnländischen Industrie seit 1886 wie folgt entwickelt:

Jahr	Arbeiterinnen	Prozent der Gesamtarbeiterschaft
1886	7943	19,0
1896	15465	21,2
1906	28009	24,7
1908	31603	24,9
1909	35102*	28,0

Wir sehen also, daß die Zahl der beschäftigten Frauen im Verhältnis zu der industriellen Gesamtarbeiterschaft von Jahr zu Jahr steigt. In einigen Gewerben bilden die Arbeiterinnen die Mehrzahl der Arbeiterschaft, in anderen machen sie gerade die Hälfte davon aus, in den meisten Berufen befinden sie sich noch in der Minderheit. Namentlich in der Tabakindustrie überwiegt die Frauenarbeit bei weitem; in der Textil- und Hündholzindustrie hat sie einen solchen Umfang erreicht, daß die Zahl der weiblichen Arbeitskräfte die der männlichen bald übertreffen wird. Das nachstehende Zahlenbild zeigt das genau. Es wurden 1909 Frauen beschäftigt:

Tabakindustrie	78 Prozent
Textilindustrie	50 "
Hündholzindustrie	50 "
Büchereigewerbe	44 "
Getränkeindustrie**	37 "
Bekleidungs-gewerbe	37 "
Papierindustrie	24 "
Baugewerbe	11,4 "

Auch in hier nicht angeführten Beschäftigungsarten ist die Frauenarbeit sehr verbreitet, namentlich auch in der Landwirtschaft. Man kann daher mit Zug und Recht sagen: Die Berufsarbeit der Frau ist auch in Finnland zur allgemeinen Erscheinung geworden.

Über die Löhne der Arbeiterinnen macht die amtliche Statistik folgende Angaben: Der Verdienst der Schneiderinnen betrug in den verschiedenen Städten pro Tag:

In 8 Fällen	40 bis 50 Penni
" 2 "	60 "
" 28 "	75 "
" 9 "	75 - 99 "
" 95 "	100 "
" 41 "	125 "
" 12 "	126 - 149 "
" 123 "	150 "
" 31 "	175 "
" 19 "	225 "
" 68 "	250 "

Der mittlere Tageslohn für Schneiderinnen beträgt:

In Helsingfors	2,00 finnische Mark
" Abo	1,67 "
" Wiborg	1,50 "
" Tammerfors	2,00 "
" Waja	1,50 "
" den übrigen Städten	1,25*** "

* Bei der Beurteilung dieser Zahlen ist zu beachten, daß die Gesamtbevölkerung Finnlands 1886 nur 2,2 Millionen betrug, und daß sie jetzt 3 Millionen erreicht hat. 1900 stellte sich die Einwohnerzahl auf 2712562 Köpfe; davon gehörten 1572344 zur landwirtschaftlichen Bevölkerung, während auf die Industrie nur 288343 Personen entfielen. Als Arbeiter bei gelegentlicher Beschäftigung wurden über 420000 Leute bezeichnet, die in der Hauptsache noch zur landwirtschaftlichen Bevölkerung gerechnet werden müssen.

** Die Getränkeindustrie umfaßt in Finnland vor allem die Herstellung gegorener und ungegorener Malzgetränke, von denen die letzteren am meisten konsumiert werden. An erster Stelle steht das „Malja“, ein säuerliches Getränk aus Korn, ohne Alkohol, dem „Dümbier“ in den Ostseeprovinzen ähnlich. Es werden auch viel Fruchtlimonaden, Selterwasser usw. fabriziert.

*** 1 finnische Mark gleich 100 Penni ist gleich 80 deutsche Pfennig.

In der Tabakindustrie stellt sich der Wochenlohn der Arbeiterinnen bei der

Zigarettenfabrikation . . .	auf 12,53 finnische Mark
Zigarrenfabrikation . . .	11,94 " "
Stantabakfabrikation . . .	11,23 " "
Pfeifentabakfabrikation . . .	8,78 " "
bei Nebenarbeiten . . .	10,42 " "

In der Textilindustrie finden wir folgende Lohnverhältnisse:

Einen Wochenlohn	unter 6 finnische Mark haben 8,1 Proz. der Arbeiterinnen
von 6 bis 12	" " " " 60,3 " " "
" 12 " 17	" " " " 35,7 " " "

Wir sehen also, daß die Mehrzahl der Arbeiterinnen weniger als 2 finnische Mark, das ist weniger als 1,60 Mark täglich verdienen. Und das nicht nur in den angeführten Gewerben, in den übrigen liegen die Lohnverhältnisse ähnlich. Es ist ohne weiteres klar, daß bei solchen Löhnen eine menschenwürdige Existenz unmöglich ist, namentlich wenn man bedenkt, daß die Wohnungsmieten in Finnland etwa 30 bis 50 Prozent teurer sind als in Deutschland, während die Lebensmittel fast ebenso hoch im Preise stehen wie dort. Und gerade die Wohnungs- und Ernährungsverhältnisse der Arbeiterinnen werden durch den niedrigen Lohn in erster Linie beeinflusst und auf eine Stufe der Erbärmlichkeit heruntergedrückt, die man kaum für möglich halten sollte. Doch noch eine andere Folge der Hungerlöhne muß hervorgehoben werden: die Prostitution zum Zwecke des Nebenverdienstes.

Die Industriearbeiterinnen sind gewiß schon unglaublich übel daran, jedoch noch ein gut Stück schlechter ist die Lage der Arbeiterinnen im Handwerk — hier verwenden namentlich Bäckereien, Konditoreien, Schriftsetzereien, Fuß-, Schneider- und Frisiergeschäfte mehr weibliche Arbeitskräfte als in Deutschland — und in der Hausindustrie. Namentlich auf dem Lande gibt es sehr viele Arbeiterinnen, die ihren Lebensunterhalt durch Beschäftigungen verschiedener Art verdienen. Besonders verbreitet ist als Heimarbeit das Spinnen und Weben. In Finnland ist besonders die Hausweberei stark verbreitet, zahlreiche Lehranstalten sind zu ihrer Förderung errichtet worden, sie sollen sowohl die Technik wie auch den Geschmack heben. So sind die Hausweberinnen oft sehr geschickte kunstgewerbliche Arbeiterinnen, die in ihrem Fach Wundervolles leisten.

Unter welchen Verhältnissen schaffen diese Arbeiterinnen? Der Arbeitstag ist durchschnittlich 15 bis 17 Stunden lang. Da die Arbeit eine ziemlich komplizierte ist, wird beim Weben von Leinen täglich nicht über 7 bis 8 Ellen fertig gebracht, bei Sarge — einem Gewebe aus Baumwolle und Wolle, dem Barchent ähnlich — nur 5 bis 6 Ellen. Der Arbeitslohn pro Elle beträgt 15 bis 20 Penni. So schwankt der Tagesverdienst bei der schweren Arbeit zwischen 75 Penni und 1,60 finnische Mark. Dabei schafft die Arbeiterin meist auf dem eigenen Webstuhl und in der eigenen Wohnung! Und — wohl gemerkt — diesen Verdienst erzielen nur besonders gute Weberinnen, und auch sie nur dann, wenn sie eine Spulerin zur Seite haben. Ein Stück von 80 Ellen erfordert mit allen notwendigen Vorarbeiten zu seiner Fertigstellung etwa 15 Arbeitstage. Der Arbeitslohn dafür beträgt 12 bis 16 finnische Mark; auf 2 1/2 Wochen verteilt ergibt sich ein Wochenlohn von 4,80 bis etwas über 6 finnische Mark.

Beim Spinnen wird nicht besser verdient. Eine gute Spinnerin spinnst wöchentlich 2 Pfund Strumpfgarn, wobei sie die Wolle selbst zu krahen hat. Der Arbeitslohn beträgt pro Pfund Strumpfgarn 75 Penni bis 1 finnische Mark, der Wochenverdienst also 1,50 bis 2 finnische Mark! Pro Pfund baumwollener Sargeinschlag wird 60 Penni Spinnlohn bezahlt. Eine Spinnerin bringt es wöchentlich selten über 1 1/2 Pfund — verdient also 90 Penni pro Woche. Andere Spinnerinnen können aber nur 1 Pfund Garn fertig bekommen oder selbst nicht einmal so viel. Ganz- und Baumwollspinnerinnen verdienen zum Beispiel bloß 15 Penni — also 12 Pfennig — pro Tag! Es wird besonders hervorgehoben, daß einmal in einem Notfall 1,50 finnische Mark

als Arbeitslohn für das Spinnen von 1 Kilo Garn bezahlt worden sei.

Es muß dabei beachtet werden, daß die Spinnerinnen und Weberinnen viel Zeit damit verlieren müssen, Beschäftigung zu finden. Diese Heimarbeiterinnen schaffen meist nicht für einen Verleger, sondern für wohlhabende Bäuerinnen usw., die gewöhnt sind, darauf zu warten, daß Spinnerinnen und Weberinnen zu ihnen kommen, um Arbeit zu suchen und abzuholen. Sie müssen natürlich auch die fertige Arbeit der Auftraggeberin ins Haus tragen. Dabei herrscht noch die Auffassung, die Heimarbeiterin müsse dafür dankbar sein, daß sie überhaupt Verdienst bekommt. Während sie ihre Arbeitskraft geradezu verschenkt, muß sie die geringe Entlohnung wie eine unverdiente Wohltat entgegennehmen. Mit solchen Bedingungen verglichen, ist die Lage der Industriearbeiterinnen in jeder Hinsicht besser.

Auch auf dem Lande beginnt sich die Gewohnheit einzubürgern, die Wäsche durch Arbeiterinnen im Taglohn waschen zu lassen. Die Wäscherinnen erhalten 75 Penni täglich bei freier Kost. Das Waschen ist daher eine sehr gesuchte Beschäftigung, aber auch eine seltene; außerdem ist die Arbeit so anstrengend, daß sie kaum lange tagaus tagein verrichtet werden kann. Beim Dreschen werden die Arbeiterinnen ebenfalls bei freier Beschäftigung mit 75 Penni bis 1 finnische Mark täglich entlohnt. Aber diese Arbeit ist gleichfalls sehr schwer und entwickelt viel Staub, da in Finnland meist noch nach der alten Väter Weise gedroschen wird; außerdem gibt es nur im Herbst Drescharbeit. — Bei den landwirtschaftlichen Sommerarbeiten erhalten die Arbeiterinnen 75 Penni bis 1,50 finnische Mark pro Arbeitstag, der überaus lang ist, jedenfalls noch länger als der lange Tag der Landarbeiter in Deutschland. In Finnland dauert im Sommer die Tageshelle bedeutend länger als in Deutschland. Es muß hervorgehoben werden, daß die weibliche Erwerbsarbeit auch in der finnländischen Landwirtschaft erheblich um sich greift. Wie anderwärts tritt die Frau hier ebenfalls immer mehr an die Stelle des Mannes.

Kurz, alles in allem wird auch in Finnland die Frau als billige und obendrein als anspruchslöse Arbeitskraft auf allen Gebieten des Wirtschaftslebens in wachsendem Maße verwendet. In vielen Berufsgruppen hat ihre steigende Verwendung ein Sinken der Löhne im Gefolge, die den Männern früher gezahlt werden mußten, und eine Verschlechterung der Arbeitsbedingungen im allgemeinen, ja recht oft auch die Verdrängung der männlichen Proletarier. Wenn diese sich nicht mit ungünstigen Arbeitsbedingungen abfinden wollen, so können sie gehen, Frauen treten an ihre Stelle. Aber dieser Stand der Dinge wirkt auch darauf zurück, daß die Lage der erwerbstätigen Frauen selbst eine elende bleibt und sich noch weiter zu verschlechtern droht. In Berufen, wo die Frauenarbeit sich rasch ausdehnt und überwiegt, tritt deshalb in der Regel ein allgemeines Herabsinken der Arbeits- und Lebensbedingungen auf eine niedrigere Stufe ein.

Diese Tatsache hat bei den männlichen Arbeitern oft böses Blut gemacht. Sie hatten um so mehr Grund zur Unzufriedenheit, als die Frauen sich sehr schwer organisieren lassen. Der gewerkschaftlichen Arbeiterbewegung und dem gewerkschaftlichen Kampfe stehen die Massen der Arbeiterinnen so gut wie fremd gegenüber. Aber — so meint der Artikelschreiber des „Työmies“ — die finnische Arbeiterin ist so erbärmlich daran, daß sie durch das Elend ihrer Lage naturnotwendig auf den Weg des Kampfes und der Organisierung gedrängt wird wie der Mann. Das Kapital sorgt selbst dafür, daß keine Arbeiterschaft diesem Zwange der Notwehr ausweichen kann. Je mehr sich der Kapitalismus entwickelt, die Gesellschaft umwälzt, höhere Lebensbedingungen schafft und mit seinem ganzen Weben und Walten die Frau als Arbeiterin in seine Frenn zwingt, um so mehr müssen auch deren Lebensbedürfnisse steigen. Um dafür aufkommen zu können, müßten die Arbeiterinnen entsprechend viel verdienen. Die Unternehmer wollen aber nichts von einem Lohne hören, der die Befriedigung der wachsenden Lebensbedürfnisse sichern würde. So kommen die werktätigen Frauen nicht darum herum, besseren Verdienst von den Unternehmern

zu erzwingen. Dadurch wird das „gute Einbernehmen“ zwischen diesen und den Arbeiterinnen geradezu automatisch zerstört. Bei ihrem Drängen nach kulturwürdigeren Lebensbedingungen machen die Arbeiterinnen die Erfahrung, daß ihnen die Organisation die Stärke verleiht, deren sie selbst ermangeln, ihnen den Schutz gewährt, dessen sie bedürfen.

Der „Työmiös“-Artikel endet mit folgenden Schlußbetrachtungen, die auch von vielen deutschen Arbeiterinnen beherzigt werden sollten: „So Böses der Kapitalismus auch über die Frauen gebracht hat, ohne Gutes zu schaffen ist es dabei nicht abgegangen. Indem das Kapital die Frau aus dem engen Bereich des „Familienheims“ hinausgeführt hat auf die Weltbühne des Arbeitsmarktes, hat es ihr auch den Weg zur Freiheit gezeigt. Indem das Kapital die Bande der patriarchalischen Familie zerriß und die Frau zur Erwerbsarbeit zwang, zerbrach es auch Fesseln, die ihre Knechtschaft dauern ließen. Der alte Gegensatz zwischen Mann und Weib muß schwinden, seitdem das Weib neben dem Mann produktiv schafft. Diese Tatsache wird die Frau mit dem Mann auf gleiche Stufe heben. Aber es ist Zeit, daß die Frau begreifen lernt, daß sie selbst viel mehr zu ihrer Befreiung und zur Verbesserung ihrer Lage tun muß, als sie bis jetzt getan hat. In den Arbeiterorganisationen findet man erst sehr wenige der erwerbstätigen Frauen, die ihre Arbeitskraft zu Markte tragen. Sie alle gehören aber dahin, weil sie nur auf diesem Wege ihre Lage verbessern können.“

M. M.

Frauen- und Kinderarbeit in Sachsen.

II.

Sehr scharf sind die Unternehmer auf Überstunden, die ihnen von den Behörden recht häufig bewilligt werden. Für Arbeiterinnen wurde Überarbeit an Wochentagen — außer Sonnabenden — in 1827 Betrieben bewilligt, das sind fast 200 mehr als im Vorjahr. In Betracht kommen dabei 179548 Arbeiterinnen, 31656 Betriebstage und 1859404 Betriebsstunden. Nur 23 Gesuche um Überarbeit wurden abgelehnt. Wieviel Überarbeit müssen die Arbeiterinnen obendrein leisten, ohne daß die Unternehmer um die nötige Genehmigung ersuchen! Und bekanntlich drücken in solchen Fällen die behördlichen Organe gern beide Augen zu. Dazu kommt noch die Überarbeit, die nicht an eine behördliche Genehmigung gebunden ist. Wenn man das alles berücksichtigt, so gewinnen die Zahlen noch eine ganz andere Bedeutung. Die meiste der bewilligten Überarbeit entfällt auf die Textil-, die Nahrungs- und Genussmittelindustrie und das Bekleidungs-gewerbe. Unter den Gründen, auf die sich die Unternehmer in ihren Gesuchen um die Bewilligung von Überarbeit beriefen, verdient einer besondere Beachtung. Es ist der Hinweis auf „zu erwartende Zollerhöhungen“, mit denen Textilindustrielle krebzen. Viele Angaben in den Berichten der einzelnen Bezirke lassen helles Licht auf die Ausbeutungssucht der Unternehmer fallen, die keine Rücksicht darauf kennt, daß die ausgebeutete Proletarierin ein Weib ist. So wird aus dem Bautzener Bezirk gemeldet, daß in den Ziegeleien die Arbeiterinnen sehr oft länger beschäftigt wurden, als das Gesetz erlaubt. Von Anzeigen sah man aber ab (!), weil die Übertretungen angeblich „meist nur geringe“ gewesen seien. In zwei Ziegeleien mußten die Frauen Ziegel nach dem Brennofen fahren und Erdmassen in drei Steinbrüchen wegräumen, was gesetzlich verboten ist. Eine Anzeige unterblieb, weil die so schuftenden Frauen meist zur Familie des Unternehmers gehört haben sollen. Jedenfalls handelt es sich um sehr kleine Betriebe. Ist denn aber der Arbeiterinnenschutz, ist das Gesetz nicht auch für solche Fälle da? Im Chemnitzer Bezirk war „in einigen“ Betrieben die Arbeitszeit an Sonnabenden und Vorabenden von Festtagen „noch nicht mit den veränderten gesetzlichen Bestimmungen in Einklang gebracht“. Die Unternehmer scheinen sich demnach nicht besonders um die Gesetze zu kümmern, — wenn sie die kapitalistische Mehrwertpresserei einschränken oder den Herren auch nur unbequem sind. Sie

warten, bis sie — nach Jahren vielleicht erst — von der Behörde oder den Gewerbeinspektoren mit der Nase auf die gesetzlichen Vorschriften gestoßen werden. Dann stellen sich die sonst so Schlawen dumm, denn schlimm kam ja für sie die Sache nicht werden, wenn immer nur „verwarnt“, aber selten gestraft wird. Sie lassen es also ruhig darauf ankommen, einmal bei der Gesetzesübertretung erwischt zu werden. Im Putzmachergewerbe scheint ein alter, schon früher gerügter Übelstand noch immer zu bestehen. Die Arbeiterinnen dieses Gewerbes beklagten sich in vertraulichen Besprechungen darüber, daß sie Sonntags „ziemlich regelmäßig beschäftigt“ werden. Sie müssen auch dann da sein, wenn nichts zu tun ist, und zwar in den Verkaufsläden, um vorkommende Arbeiten sofort ausführen zu können. Im Leipziger Bezirk mußte den Arbeiterinnen das Tragen schwerer Säcke untersagt werden.

Auch von geistlicher Umgehung der Gesetze wissen die Berichte zu erzählen. So wird aus dem Zwickauer Bezirk festgestellt, daß in kleineren Stickerereien einzelne Stickermaschinen weiter „verpachtet oder an Familienglieder abgetreten“ werden, damit daran Arbeiterinnen täglich noch elf Stunden arbeiten können. Ober: „Um dem Druck der Vorschrift in § 137a Absatz 1 der Gewerbeordnung zu entgehen, nach der den Arbeiterinnen über die gesetzliche Arbeitszeit hinaus keine Heimarbeit mitgegeben werden darf, haben sich neuerdings Faktore aufgetan, denen von den Fabriken Arbeiten behufs Weitergabe an die Heimarbeiter übergeben werden.“ So „entgeht“ der Unternehmer dem „Druck“ des Gesetzes, der Herr weiß im Übertretungsfall von nichts. Obendrein wird durch den Kniff der Lohn noch verschlechtert. Denn der Bericht sagt weiter: „Leider sollen hierdurch auch die gezahlten Löhne gedrückt worden sein.“

Genug von Beispielen dieser Art! Wir reihen ihnen einige Feststellungen an, die mehr die sozialen und sittlichen Zustände beleuchten, die die kapitalistische Ausbeutung für die Arbeiterinnen schafft. Der Meister einer Weberei ließ sich fortwährend unzüchtige Handlungen an den ihm unterstellten Arbeiterinnen zuschulden kommen. Auf die Anzeige der Gewerbeinspektion hin hat die Polizei die Entlassung „verfügt“, der Wüstling ist auch in Haft genommen worden, das Verfahren wurde jedoch eingestellt, weil „ein öffentliches Argernis nicht erregt und von den beleidigten Frauen kein Strafantrag gestellt war“. Man vergleiche diese Milde mit der drakonischen Strenge, mit der die Hüter des Rechts gegen einen Streikenden einschreiten, der einen Streikbrecher schieß anzieht. Wer die Verhältnisse kennt, den nimmt es nicht wunder, daß Frauen in Fällen wie dem angeführten leicht zu bewegen sind, keinen Strafantrag zu stellen, weil sie den Verlust der Arbeit, des kargen Brotes befürchten. Die Unterbringung der Wanderarbeiter läßt nach den Berichten „zuweisen“ zu wünschen übrig. In einer Kammer, die zugleich den Vorraum zum Schlaßsaal der Arbeiterinnen in einer Schamottefabrik bildete, schliefen drei Ehepaare in drei übereinander angebrachten Betten. Die Berichte klagen auch darüber, daß häufig die Ankleide- und Waschräume, sowie die Aborte nicht so beschaffen waren, wie die Aufrechterhaltung der guten Sitten und des Anstandes gefordert hätte.

Auf graufiges Elend läßt folgende Stelle aus dem Dresdener Bericht schließen:

„Die Vorsteherin eines Arbeiterinnenheims teilte der Gewerbeaufsichtsbeamtin mit, daß die Bewohnerinnen des Heims trotz aller Vorstellungen nicht auf die Mitnahme von Arbeit aus der Fabrik verzichten wollten. Sie hätten erklärt, wenn ihnen solche Arbeiten verweigert werden sollten, so würden sie sich an den Abenden auf der Straße herumtreiben.“

Spricht aus diesen Zeilen nicht die bitterste Not? Daß Arbeiterinnen zum bloßen Vergnügen auch noch in der Nacht arbeiten wollen, ist wohl ausgeschlossen. Der Verdienst in der Fabrik reicht nicht zum Leben, drum — Heimarbeit oder Prostitution. Ein anderes, tieftrauriges Bild. Ein dreizehnjähriger Knabe verdient mit dem Knüpfen von Knoten an wollene Tücher in sechs Stunden 28 Pfennig!

Mutter, Großmutter und vier Kinder im Alter von 7 bis 14 Jahren knüpfen täglich die Knoten von drei bis vier Duzend Tüchern und verdienen dabei insgesamt 75 Pfennig bis 1 Mark. Sieben Personen in einem Tage ganze 75 Pfennig. Ist das nicht himmelschreiend? Diese Armen verhungern langsam, aber sicher.

Wenngleich hier und da die Löhne etwas aufgebeffert worden sind, so haben sich doch infolge der herrschenden Teuerung die Lebensbedingungen für die Arbeiterschaft verschlechtert. Übereinstimmend geben das alle Berichte zu, wenn auch etwas umschrieben. Die Wohnungsverhältnisse insbesondere sind ungünstiger geworden, da es fast überall an passenden Kleinwohnungen mangelt und infolgedessen die Mieten ungeheuer in die Höhe gehen. Unternehmer, Gemeinden und Vereine suchen dem Wohnungselend entgegenzuwirken, ihre Maßnahmen müssen jedoch Tropfen auf den heißen Stein bleiben, solange der Grund und Boden Privateigentum ist.

Die gesetzlichen Bestimmungen über den Kinderschutz wurden besonders häufig beim Austragen von Backwaren, Milch und Zeitungen übertreten. In einem Falle hatte sogar die Ortsbehörde die Erlaubnis zu solcher gesetzwidriger Kinderbeschäftigung gegeben! Sie mußte ausdrücklich auf ihre Ungesetzlichkeit aufmerksam gemacht werden.

In den Wintermonaten unternahm die Gewerbeaufsichtsbeamtin in Dresden zwischen früh halb 4 und 7 Uhr Revisionsgänge, um zu beobachten, ob Kinder beim Frühstück, Milch- oder Zeitungsaustragen beschäftigt wurden. Sie bemerkte zwar zahlreiche Kinder, diese entflohen jedoch, wenn sie angehalten und befragt werden sollten. Offenbar waren sie dazu von ihren Arbeitgebern besonders angewiesen worden, die „von dem Sachverhalt nichts wissen wollten“. Auch in Blumenfabriken wurde verbotene Kinderarbeit festgestellt. Ein Gärtner beschäftigte über 100 Kinder von 11 bis 14 Jahren täglich, auch Sonntags, 7 bis 8 Stunden mit Beerenspflücken. Als der gute Mann angezeigt wurde, ging er bis vors Gericht, das ihn denn auch prompt freisprach. Man konstruierte flugs, daß es sich nicht um einen gewerblichen Betrieb im Sinne des Gesetzes handelte. Man wundert sich bald über nichts mehr! Ein Arbeitgeber im Zwickauer Bezirk beschäftigte Schulkinder während der Ferien 11 Stunden täglich. Daß Kinder gesetzwidrig vor morgens 8 und nach abends 8 Uhr noch erwerbstätig sind, soll nach den Berichten „vielfach üblich“ sein. Im Chemnitzer Bericht heißt es, daß „die fortdauernde Steigerung der Lebensmittelpreise und die verteuerte Lebenshaltung die gewerblich tätige Bevölkerung mehr als früher zum Miterwerb der Frauen und Kinder zwingt“. Auch die Heimarbeit der Frauen und Kinder nimmt aus diesem Grunde zu.

Zum Schlusse sei verzeichnet, daß Arbeiterssekretäre, Gewerkschaften, Kinderschutzkommissionen wiederholt und mit Erfolg gegen gesetzwidrige Kinderausbeutung und Mißstände anderer Art mit Hilfe der Gewerbeinspektoren vorgehen. Die Arbeiter werden im Kampfe gegen die kapitalistischen Gesetzesbrecher noch viel mehr Selbsthilfe üben müssen, wie sie die Organisation möglich macht, wenn es bald besser werden soll.

H. F.

Die Landarbeiterfrage auf dem Verbandstag der Landarbeiter und auf dem Preußentag.

Von verschwindenden Ausnahmen abgesehen, scheint in der Partei die Auffassung sich durchzusetzen, daß die Aufklärung und Organisierung der Landarbeiterschaft wichtiger ist als ein sozialdemokratisches „Agrarprogramm“. Die Lohnarbeiter bilden auch auf dem Lande den Kern unserer Truppen. Die Frage, wie diese Arbeiterschicht für den Klassenkampf gewonnen werden kann, beherrschte den Verbandstag der Landarbeiterorganisation und einen Teil der Verhandlungen des Parteitags der preussischen Genossen. Die Erfolge des Landarbeiterverbandes in den ersten drei Jahren seiner Tätigkeit geben

die Gewähr dafür, daß die richtige Agitationsmethode angewendet worden ist.

Nach dem Bericht, den der Verbandsvorsitzende, der Genosse Schmidt, auf der Generalversammlung erstattete, zählte die Organisation Ende 1909 erst 4691 Mitglieder, die am Schlusse des dritten Vierteljahrs 1912 auf 17 237 angewachsen waren. Daß der Verband die eigentlichen Hörigen der ostelbischen Junker zu erfassen beginnt, zeigt diese Tatsache: unter 12 119 Landarbeitern, die neben 3730 Waldarbeitern gezählt sind, befinden sich 5717 Gutsarbeiter, und der Rest verteilt sich auf Stallschweizer, Weinbergarbeiter und andere. Bewiß ist die Zahl der Kämpfer noch klein, die in der großen sozialen Schicht des Landproletariats gewonnen worden sind. Das Erreichte muß jedoch hoch angeschlagen werden, wenn man die gewaltigen Widerstände bedenkt, die dem Eindringen der systematischen Aufklärung und Organisationsarbeit auf dem platten Lande entgegenstehen. Die Wut der Agrarier darüber, daß der Verband in ihrem geheiligten Gebiet festen Fuß faßt, äußert sich in rücksichtslosen Verfolgungen und hat bereits zu einer gemeinsamen Abwehraktion geführt. Unter dem Vorjoh des Grafen Schwerin-Löwitz tagte vor kurzem eine Korona erbitterter Arbeiterfeinde, denen sich als würdige Helfer der Kyffhäuserbund der Kriegervereine und der Reichsverband zur Bekämpfung der Sozialdemokratie beigefellten. Die Landarbeiterfrage wurde unter dem Patronat der preussischen Regierung „gelöst“, die überall dabei ist, wo es gilt, die Arbeiterschaft niederzuhalten. Selbstverständlich nicht auf dem Wege, daß man etwa den Agrariern empfahl, die miserablen Arbeitsverhältnisse auf ihren Gütern zu verbessern, oder der Regierung aufgab, an Stelle der Duzende veralteter rechtswidriger Gefindeordnungen, verschimmelten Strafgesetze und Polizeibestimmungen ein modernes Landarbeiterrecht zu schaffen. Das Rezept der agrarischen Scharfmacher geht darauf hinaus, die menschenunwürdigen Arbeits- und Rechtsverhältnisse auf dem Lande in alle Ewigkeit zu erhalten. Zu diesem Zwecke werden die landwirtschaftlichen Arbeitgebervereine, der Bund der Landwirte usw. aufgefordert, die Arbeiter als Mitglieder zweiter Klasse aufzunehmen ohne jedes Mitbestimmungsrecht, wie es die Landarbeiter gewohnt sind. Gesellige Vereine, Kriegervereine, Spartassen mit Zwangseinlagen, die beim Wegzug eines Arbeiters vom Gute verfallen, sollen die Landarbeiterschaft vom Verband abhalten.

Alle diese Mittel werden nicht hindern, daß die ländlichen Arbeiter für den Klassenkampf des Proletariats reif werden. Ebensowenig werden die behördlichen Verfolgungen der organisierten Land- und Forstarbeiter diese Entwicklung aufhalten. Schamlose Maßregelungen einzelner Waldarbeiter in fiskalischen Forsten in Preußen gehen Hand in Hand mit einer Politik kleinlicher Schikanen und Nadelstiche. Der ordentlichen Gerichte scheint man dabei nicht sicher zu sein. Die unternommenen Versuche, die Ortsgruppen des Verbandes für politische Vereine zu erklären, werden daher durch Anwendung des preussischen Gesetzes über die Landesverwaltung von 1883 auf das Gebiet des Verwaltungsverfahrens geschoben. Reichsgesetze werden zugunsten reaktionärer Landesgesetze außer Kraft gesetzt.

In das bisher ungeklärte Gebiet der ländlichen Rechtsverhältnisse drang ein Referat des Genossen Jaach ein. Wie ein eisernes Gehege umschließen die 44 in Deutschland geltenden Gefindeordnungen einen erheblichen Teil der Landarbeiter, das landwirtschaftliche Gefinde. Als Überbleibsel aus der Zeit der Hörigkeit, des Zwangsgesindeendienstes, des unbeschränkten Prügelrechtes und der eigenen Gerichtsbarkeit der Gutsherren muten die „Rechtsbestimmungen dieser Gesetze an. Pflichten, Pflichten und abermals Pflichten für Arbeiter und Arbeiterinnen, gewürzt durch zahllose Strafbestimmungen und durch keinen Arbeiterschutz gemildert, wäre er auch noch so gering. Nicht etwa nur der Kontraktbruch ist unter Strafe gestellt, sondern ebenso auch der geringste Widerspruch gegen die „Herrschaft“, Unbotmäßigkeit,

sogar das harmlose Ausplaudern von Vorgängen aus der Familie des Dienstherrn. Die Zwangsgewalt der Polizei über das Gefinde äußert sich in unerträglicher Bevormundung. Gegen die Strafgewalt der preussischen Amtsvorsteher gibt es keinen ordentlichen Rechtsweg. Die Krönung der agrarischen Einrichtungen zur Niederhaltung der ländlichen Arbeiter sind die Kontraktbruchgesetze, die nach dem Muster des in Kraft stehenden preussischen Gesetzes vom 24. April 1854 geschaffen worden sind. Sie enthalten die schärfsten Strafbestimmungen für den Kontraktbruch des Gefindes und aller übrigen land- und forstwirtschaftlichen Arbeiter. Ein geradezu gemeingefährlicher Charakter wird diesen Gesetzen dadurch aufgedrückt, daß die Verabredung zur Arbeitseinstellung oder Arbeitsverhinderung unter schwerer Gefängnisstrafe steht.

Der Legitimierungszwang der ausländischen Arbeiter und die schmachliche Behandlung der Landarbeiter in der Sozialversicherung vollenden das Bild der Unterdrückung einer großen Schicht der arbeitenden Bevölkerung, ein Bild, das in der Kulturwelt — wenn man vielleicht von Rußland abieht — nicht seinesgleichen hat.

Der Parteitag der preussischen Sozialdemokraten und der Landarbeiterverbandstag begegneten sich in ihren Forderungen an die Gesetzgebung und die öffentlichen Körperschaften. Einhellig wurde hier wie dort die Beseitigung der Gefindeordnungen, Strafgesetze und Polizeibestimmungen für ländliche Arbeiter verlangt, an deren Stelle die reichsgesetzliche Regelung des Landarbeitersrechts treten soll. Dieses Recht hat vor allem volle uneingeschränkte Koalitionsfreiheit für alle Land- und Forstarbeiter wie das Gefinde festzulegen. Es muß weitestgehende Arbeiterschutzbestimmungen enthalten, deren Durchführung freigewählte Arbeiterkontrolleure zu überwachen haben. Die in der Landwirtschaft heute schamlos betriebene Kinderausbeutung muß verboten, unter Strafe gestellt werden. Ein ausreichender Wöchnerinnenschutz ist zu schaffen. Es muß das Verbot der Sonntagsarbeit erfolgen, soweit diese durch die Natur des Betriebs nicht erforderlich wird. Notwendig ist ferner die Errichtung von Arbeiterwohnungen durch den Staat oder von diesem unterstützte oder kontrollierte Institutionen unter Fortfall aller schollenpflichtigen Beschränkungen. Berufsgerichte zur Schlichtung von Arbeitsstreitigkeiten, Gleichstellung mit den gewerblichen Arbeitern auf dem Gebiet der Arbeiterversicherung, Beseitigung des Legitimationskartenzwanges sind weitere Forderungen, die den Weg ebnen sollen, den das landwirtschaftliche Proletariat zu seiner Befreiung aus den unwürdigsten Fesseln zu gehen hat. Der Parteitag der preussischen Sozialdemokraten beschloß noch andere wichtige Forderungen: die volle Gleichberechtigung der Landarbeiter in Gemeinde- und Kommunalverbänden, die Abschaffung der Gutsbezirke und die Erhebung der Amtsvorsteher durch freigewählte Landbürgermeister. Die politische Unterdrückung der Landarbeiter in ihren kleinen Gemeinwesen, ihre Absonderung von allen Fragen politischer oder organisatorischer Natur ist eine der stärksten Stützen des heutigen reaktionären Systems, unter dem das ländliche Proletariat leidet.

Mit der größten Entschiedenheit wiesen beide Tagungen die Zumutung zurück, den Kampf gegen die Agrarzölle und den Naturallohn einzustellen. Der Naturallohn trägt dazu bei, die Einkommenbezüge des Arbeiters zu verschleiern und zu verwirren, in zahllosen Fällen wird er zu einer Quelle betrügerischer Bereicherung der landwirtschaftlichen Arbeitgeber. Und die Agrarzölle verteuern heute dem Landarbeiter fast genau so die Lebenshaltung wie dem Arbeiter in der Stadt.

Auf dem Parteitag der preussischen Genossen wurde die Frage aufgeworfen, ob Großbetrieb oder Kleinbetrieb vorzuziehen sei. Der Verbandstag der Landarbeiter ging an

diesem Problem ohne Erörterung vorüber. Unzweifelhaft wird man dem zustimmen, was Genosse Hofer dazu auf der sozialdemokratischen Tagung ausführte. Er will die Vorteile beider Betriebsformen unter weitestgehender Ausnutzung der Errungenschaften der Technik verbinden und das Interesse der Landarbeiter am Betrieb durch ihre genossenschaftliche Beteiligung fördern.

Die Beratung der Landarbeiterfrage auf beiden Tagungen klang in der Auffassung aus, daß die Landarbeiter in der Phalanx der proletarischen Klassenkämpfer nicht entbehrt werden können. Die ersten bedeutsamen Schritte zu ihrem Anschluß an das große allgemeine Heer haben diese ländlichen Proletariatsmassen zu tun, indem sie sich selbst von den schlimmsten wirtschaftlichen, politischen und geistigen Fesseln frei machen. Zu diesem schweren Werke ist ihre Organisierung die Vorbedingung. Alle Kräfte des organisierten Proletariats müssen diese Organisationsarbeit fördern helfen, und die Genossinnen dürfen dabei nicht an letzter Stelle stehen. Der Aufstieg der Landarbeiter von der Hörigkeit zur Kultur rückt die Verwirklichung des Sozialismus für das gesamte Proletariat in eine nahe Zukunft. F.

Schreckliche Folgen der Ministerweisheit.

Liebe Gleichheit! Ja, es kann weit mit dem Menschen kommen! Nun sehe ich hier schon drei Tage zu meiner geistigen Abkühlung in einer stillen, einsamen Zelle zu Dalldorf. Die Schuld daran trägt einer.

Im preussischen Abgeordnetenhaus wurde über die Fleischnot gesprochen. Einzig und allein die Geistesblitze des Herrn Landwirtschaftsministers v. Schorlemer durchdröngten das Dunkel der Sachlage. „Fleisch, Fleisch und nochmal Fleisch!“ rief bekanntlich der Herr Landwirtschaftsminister, empört über die schlechte Wirtschaftsführung der Arbeiterfrauen. Mit seinem „Lehrjah vom Fleisch“ hatte er den Nagel auf den Kopf getroffen. Fleisch ist die Wurzel alles Übels. Und die ministerielle Weisheit von der Entbehrlichkeit des Fleisches hätte meines Erachtens weit besser ausgeschlachtet werden müssen. Ich verstehe nicht, weshalb Genosse Ströbel so heftig gegen diese Wissenschaft losgewettert und weshalb unser allzeit schlagfertiger Adolf Hoffmann gerade gegen Schorlemer seinen zweitausendsten Zwischenruf schuf: „Sie haben ja keine Ahnung vom Volk!“ Ich stehe mit meinen Anschauungen dem Minister bedeutend näher, siehe sozusagen auf vaterländischem Boden, bin auch für möglichste Unabhängigkeit vom Ausland und überhaupt von jedermann. Schlimm genug, daß wir, um nur einiges anzuführen, die meisten Küchengewürze, Muskat, Ingwer, Pfeffer, Vanille — vom Köchinnenstandpunkt aus betrachtet — und Chinin, Opium, Lebertran — vom medizinischen Standpunkt aus gesehen — und Apenta, Karlsbader, Tamarinden — aus allgemeinem menschlicher Bedrängnis heraus geredet —, daß wir diese und noch eine ganze Anzahl anderer Produkte nur vom Ausland beziehen. Und wenn einem nun der Herr Landwirtschaftsminister aus seinem guten Herzen heraus einen guten Rat oder besser gesagt gleich drei gute Ratschläge auf einmal gibt, kann man es dann nicht erst einmal damit versuchen? Versuch macht klug, so schloß ich, nahm den Finger von der Nase und sprach: Also von heute an kein Fleisch mehr, von heute an vegetarische Kost. Zuerst nach deutschen und dann nach französischen Rezepten. Ausländische Rezepte sind kein ausländisches Fleisch.

Montags fing ich mit der Geschichte an. Das war verkehrt. Montag wird nicht wochenakt. Montags kochte ich eine große Terrine voll sämiger Haferschleimsuppe mit Backpflaumen, füllte jedem einen gehörigen tiefen Teller voll davon auf und wünschte „Geseignete Mahlzeit!“

Mann und Kinder hatten Hunger, die Suppe rutschte. Dienstags tischte ich diesen Reis auf und für jedes ein Ei, für meinen Mann zwei. Das ging nochmal glatt durch. Mittwoch gab es ein Doppelgericht: Sauerkraut und Erbsenbrei und — sehr unfreundlich-fragende Gesichter. „Wo stehst det Eisbein, Mutter?“ fragte mein Mann, und die Kinder blickten revoltierend zu mir her. „Wißt du Arterienverkalkung haben? Möchtest du zuckerkrank werden? Hast du Schorlemer nicht gelesen?“ pläzte ich wohl vorbereitet mit drei Gegenfragen heraus. In der Küche hatte ich bisher das Regiment geführt, den Kochlöffel geschwungen. „Quitt!“ pffiff mein Mann durch die Zähne: „Kommt der Wind aus der

Ede?" — „Zarwohl," sagte ich, „und meng' dich nicht in meine Haushaltungsangelegenheiten!" — „Suitt!" pfiff mein Mann durch die Zähne: „Dann will ich dir mal in aller Ruhe wat sagen, Olle. Vegetarisch, dat mach ich nich mit, oof nich for die Kinder!" Die Augen der Kinder blickten triumphierend, strahlten. Als tüchtige, freitmeidende Erzieherin beherrschte ich mich jedoch und sprach sanftmütig: „Du sollst mal sehen, wie bald man sich daran gewöhnt!" — „Dat mach ich nich mit!" schraubte mein Mann wütend los, sprang auf, warf die Türe krachend hinter sich zu und ging. „Vatter hat ganz recht!" sprachen die Kinder, direkt zur Meuterei ermutigt. Also — Familienkonflikt. Trohdem hätte ich nicht so leicht nachgegeben, aber am anderen Morgen war Holland in Not. Vermutlich infolge der zu rasch geänderten Ernährungsweise waren die Kinder krank, und mein Mann ging wie ein angeschossener Bär im Hause herum. Wir mußten den Arzt holen lassen und für 20 Pf. Rhizinus, für 10 Pf. Pfeffermünztee und einen neuen Irrigator mit Zubehör kaufen. Und weil mein Mann großlie und der Doktor gute Vouillon und kräftige Nahrung verordnet hatte, gab ich aus Mutterpflicht des lieben Friedens wegen den Vegetarismus wieder schmähslich auf, noch ehe ich an die vom Minister besonders gepriesenen französischen Spezialitäten gelangt war. An mütterlicher Autorität schwer geschädigt, ging ich mit dem Einholkorb am Arme nach der „Akertrahenmarkthalle", um ein Stück gutes Suppenfleisch einzubandeln. Natürlich kein behördlich genehmigtes „russisches Fleisch", denn das hat lange nicht so viel Ansehen wie unser hiesiges, wenschon man ihn einen guten Kern, echte Weidenkraft nachrühmt. Auf dem langen Wege wurde ich übrigens an der deutschen Fleischnot ganz irre. Die Schlächter, die Geflügelhändler, die Delikatewarengeschäfte hatten geradezu „Kohig-probig" ausgestellt. Wenn da nur kein Metzgergeschwindel vorliegt! Die „Deutsche Tageszeitung" hat auch schon so etwas gemunkelt, und aus Regierungskreisen...

Die Vouillon habe ich nach alter Methode gekocht, und während ich dabei etwas geknickt über meine Niederlage brütete, glühte mir plötzlich ein mächtiges Talglicht auf. Wenn schon Fleisch, dann auch das richtige Fleisch. Hatte der Minister nicht von Kaninchen geredet? Vorwärts — Kaninchenzucht! Als ich den Kindern meinen Plan entwickelte, waren sie Feuer und Flamme, wurden sofort gesund, und ich hatte meine Autorität spielend wiedergewonnen. Aber an die Kaninchenzucht wollte ich besser vorgefunkt als an den Vegetarismus gehen. Ich studierte die Materie. Zunächst nach einem von zwanzig Professoren und Geheimräten verfaßten landwirtschaftlichen Lexikon, Berlin 1910. Da fand ich allerdings zuerst den bemerkenswerten Satz: „Man glaubte, durch Kaninchenzucht eine billige Fleischernährung erzielen zu können, was jedoch nicht der Fall ist!" Aber das schreckte mich nicht ab. Ein leibhaftiger Landwirtschaftsminister muß es besser wissen. Ein zweites Landlexikon von Konrad zu Püllig und Dr. Lothar Meyer, Berlin 1912, also zeitgemäßer brachte mich schnell einen bedeutsamen Schritt voran. Was lernte ich nicht alles! „Kaninchenzucht ist ein großartiger Nebenerwerb, des Fleisches und der Felle wegen. Frankreich vertilgt jährlich für 400 Millionen Mark ‚Lapins', Belgien liefert pro Anno für 16 Millionen Mark nach London." Daß wir Efelköpfe auch nicht früher daran gedacht hatten! Wir konnten ja Milliarden werden! Und da muß einen erst ein Minister mit der Nase darauf stoßen! „Sportzucht" kam für uns nicht in Betracht, und aus nationalem Empfinden wollte ich von den sechs, sieben Hauptarten doch unmöglich: belgische Rieskaninchen, englische Schedenkaninchen, französische Wibberkaninchen, auch keine japanische, russische oder Wiener Art haben. Wir entschlossen uns daher kurzerhand für das deutsche Landriesenkaninchen zur Fleischzucht. Wir räumten unser Kinderzimmer aus und behielten uns mit einem Raum, ein Kind kam zu meinem Manne ins Bett, eins zu mir, eins auf den „Hängeboden". In Ermangelung von Ristkästen schleppten wir alle leeren Kisten herbei, die sich seit 8 Jahren im Keller und auf dem Boden angesammelt hatten, kauften Grünfutter und Trodenfutter, Gras, Rüben, Wurzeln, Hafer, Mais. Zum Tränken gab es Milch, Suppen, Wasser. Mist war uns die Hauptsache, Fellhandel hatten wir weniger im Auge. Die Kisten hübsch mit Stroh ausgelegt, wurden alle in Reih und Glied „immer an der Wand lang" aufgebaut. Die geräumigste reservierten wir für den „Kammeler", die übrigen blieben für die „Zibben", die ungefähr viermal im Jahre 6 bis 12 Junge werfen können. Sobald die 6 bis 9 Monate alt sind, werden sie 2 bis 3 Wochen lang gemästet, dann sind sie fett und reif für die Pfanne. Was nun kommt, vollzog sich verhältnismäßig schnell. Wir erwarben einen besonders starken Kammeler und 7 freundliche Zibben. Wir fütterten grün und fütterten trocken. Die Kaninchen fraßen uns allen aus der Hand. Nach etwa 5 Wochen hatten wir an die siebzig

deutsche Landriesenkaninchen im Hause. Donnerwetter, war das ein Leben! Noch hier in meiner Einsamkeit sträuben sich mir die Haare, wenn ich daran zurückdenke. Das Füttern ging ganz gut. Die Reinhaltung verursachte weit mehr Mühe. Radikal ließ sie sich überhaupt nicht durchführen. Beim großen Reinemachen ging uns manchmal so ein Viehchen durch, hei, durch die ganze Wohnung. Und wenn wir dann zu Fünfen hinter einem Ausreißer hersehten und übereinanderfielen, so mögen wohl manchmal die Leute unter uns etwas ungehalten geworden sein. So ein Kaninchenminister wohnt wohl meistens auf dem platten Lande, was? Aber darum brauchten die Leute unter uns doch nicht gleich bei uns anfragen zu lassen, „ob wir verrückt geworden wären". Wir hatten uns doch früher ganz gut verstanden. Natürlich konnten wir uns von anderen Mietern nicht Ruhe anbefehlen lassen. Überhaupt halte mal einer Ruhe bei einem Kammeler, 7 Zibben und an die 70 Zungen! Genau wußten wir selbst nicht mehr, wieviel es eigentlich waren. Ich hatte manchmal meine liebe Not, wenn alle die Häslein gemeinsam ausbrachen, „hurtig mit Donnergepöller", weil die Türe zufällig offen stand — ich mußte doch Futter und Tränke hineinreichen und für Reinhaltung sorgen, und wenn die Kinder in der Schule waren, konnten sie doch nicht gleichzeitig abwehrend in der Türspalte stehen. Zum Unglück begannen auch noch die Leute über uns zu spekulieren. Es lämen solch unangenehme Gerüche aus dem Kinderzimmerfenster. Das wußte ich schon lange. Was brauchten die da oben den Kopf aus dem Fenster zu stecken? Dann aber, welche Gemeinheit! — wollten sie von unten herauf von uns Angezieser bekommen haben. Die Verleumder! Als ob man nicht auch von oben herab Angezieser bekommen könnte! Einmal reklamierte für die Leute über und unter uns der Portier, einmal kam der Hauswirt, ein-, zwei-, dreimal kam ein Strafmandat. Ich ließ mich nicht ins Bodshorn jagen. Ich trieb Kaninchenzucht. Und eines Tages kamen sie alle auf einmal, der Portier, den ich erst gar nicht anhörte, der Hausherr, dem ich die Türe, meine Türe vor der Nase zuwarf, und ein Polizeiwachmeister mit einem Schutzmännchen, denen ich im Namen des Gesetzes nicht ausmachte und denen ich aus meiner gedeuteten Stellung heraus exemplarisch den Marsch blies. In diesem heldenmütigen Augenblick kam gerade mein Mann. Er hatte sich schon einmal ganz gelinde gegen „Kaninchenzucht in einer städtischen Gartenhauswohnung" ausgesprochen, aber dann doch den Kindern und mir zuliebe vor Schorlemers Wissenschaft kapituliert. Er schloß der bewaffneten Nacht untertänigst die Pforten auf, schloß mich, die ich vor Wut raute, ins Schlafzimmer ein und drehte den Schlüssel um. Mit dem Hauswirt, den Nachbarn und dem Portier hat sich der Feigling dann rasch hinter meinem Rücken geeinigt und zu meinem und der Kinder Kummer in die sofortige Einstellung der Kaninchenzucht gewilligt. Der Beamtenbeleidigung wegen hat er mich nach eingehender Rücksprache mit meiner gesamten fürsorglichen Familie einstweilen wegen Nervenüberreizung hier nach Dalldorf befördert. So, nun wissen Sie alles. Ich schwöre natürlich nach wie vor auf den Minister. Nur manchmal nachts im Traum lege ich den Finger an die Nase und grüble, ob vielleicht doch der allzeit schlagfertige Adolf Hoffmann mit seinem Zwischenruf recht gehabt haben könnte. Aber das sind Dämmerzustände, nicht wahr? Westens grüßt R. R.

Aus der Bewegung.

Der sozialdemokratische Frauentag findet laut Beschluß des Parteivorstandes und Parteiaussschusses am 2. März statt. Es war leider nicht möglich, den 9. März dafür zu wählen, an dem die Genossinnen in Österreich und anderen Ländern demonstrieren. Der 9. März ist ein Konfirmationssonntag, und dieser Umstand würde in großen Teilen Deutschlands der Kundgebung Abbruch tun. In allen größeren Städten und Industrieorten sollen am 2. März Frauenversammlungen usw. veranstaltet werden. Wo am Sonntag keine größeren Räume dafür zur Verfügung stehen, kann die Veranstaltung am 3. März stattfinden. Der Parteivorstand hat sofort durch Rundschreiben die Vorstände der Bezirks- und Landesorganisationen aufgefordert, sich die gute Vorbereitung des Frauentags angelegen sein zu lassen und auch für die Verbreitung unseres Agitationsblattes „Das Frauenwahlrecht" zu sorgen. Er stellt des weiteren den Organisationen ein Flugblatt zur Verfügung, das packend und gehaltvoll die Frauen über die Bedeutung der Kundgebung aufklärt und an die Pflicht ihrer Beteiligung mahnt. Diese beiden Blätter seien besonders der Aufmerksamkeit unserer Genossinnen empfohlen. Sie sollten überall die Organisationen bestimmen, Flugblatt und Agitationsnummer der „Gleichheit" kommen zu lassen, sie selbst aber sollten die Verbreitung

übernehmen. Dadurch würden die Genossinnen nicht nur Teilnehmerinnen für die Demonstrationsversammlungen werden, sondern auch ein gutes Stück Propaganda für das Frauenwahlrecht leisten. Es versteht sich, daß wie in den Vorjahren die sozialdemokratische Presse ihre Pflicht zur Unterstützung des Frauentags tut, und daß dieser sich der tatkräftigen Sympathie der gewerkschaftlich organisierten Arbeiterschaft erfreut. Auch im Kampfe für das volle Bürgerrecht des weiblichen Geschlechts gibt es nur eine Arbeiterbewegung, die vom Geiste des Sozialismus beseelt ist.

Aus der Agitation. Im Auftrag der Parteileitung des Wahlkreises **Bochum-Hattingen-Gelsenkirchen** sprach die Unterzeichnete vor Weihnachten in öffentlichen Volksversammlungen über „Hungersnot und Kriegsgefahr“ und „Welchen politischen Organisationen müssen Männer und Frauen des werktätigen Volkes angehören?“ Die gespannte politische Lage, der Balkanrieg und die Kriegsgehe im In- und Ausland ließen mit einem starken Versammlungsbefuch rechnen. Aber die überfüllten Säle übertrafen weit unsere Erwartungen. Man muß dabei noch bedenken, daß die Versammlungen in eine Zeit greulicher Witterung fielen und daß Hunderte von Versammlungsbesuchern oft eine Stunde Wegs in strömendem Regen zurückzulegen hatten. Welch reges Interesse die Bergarbeiterbevölkerung den politischen Ereignissen entgegenbringt, zeigte sich namentlich an einem Sonntag. Geradewegs aus der Kirche strömten die Massen in das Versammlungslotal, das bald von Freund und Feind unserer Bewegung gefüllt war. Mit Besonnenheit und Ruhe, ihre Zustimmung oft durch Beifall kundgebend, lauschten die Versammelten dem Vortrag. In allen Versammlungen wurde unsere Resolution einstimmig angenommen, und zwar stimmten stets Christliche und liberale so gut wie freiorganisierte Arbeiter ihr zu. Erklärlich genug, denn in der Resolution kam zum Ausdruck, daß die werktätigen Massen den Frieden wollen und das Wohl der Völker ihr höchstes Ziel ist. Die Versammlungen haben erfüllt, was die Parteileitung von ihnen erhoffte. Die Bergarbeiter, die Arbeiter der schweren Eisenindustrie, die Zimmerer und Maurer, sie alle, die tagtäglich bei ihrem Beruf lauerten Gefahren mutig ins Auge blicken, waren mit ihren Frauen zu den Versammlungen gekommen und gelobten, für die Befreiung der Völker von Ausbeutung und Krieg zu kämpfen. Für die Partei und ihre Presse wurden schöne Erfolge erzielt, nicht minder aber auch für den Bergarbeiterverband. Marie Wadwig.

Agitation im Elsf. Im Auftrag der Mülhauser Parteileitung sprach die Unterzeichnete in öffentlichen Versammlungen über „Die gegenwärtige Not des Volkes und die Frauen“ in folgenden zwölf Orten: **Rixheim, Burgweiler, Wittenheim, Lutterbach, Dornach, Hüningen, Hegenheim, Mülhausen, Pfaffstätt, Sausheim, Habsheim und Illzach.** Die Versammlungen waren fast alle gut besucht. Ziehen wir die dortigen Verhältnisse in Betracht, so können wir mit unserem Erfolg zufrieden sein. Satten doch in manchen der Orte die Frauen es zum erstenmal gewagt, an einer Versammlung teilzunehmen. Zahlreich waren die Zuhörerinnen in **Rixheim**, und 16 von ihnen gewannen wir für die Partei. In **Hüningen** und **Hegenheim** an der Schweizer Grenze hat die Bevölkerung den Beweis deutlich vor Augen, wie die Wirtschaftspolitik der Herrschenden in Deutschland dem Volke das Fleisch verteuert. Denn jenseits der Grenzpfähle hat sie die Möglichkeit, in dem benachbarten Basel das Fleisch billig einzukaufen. Freilich darf einer nur 4 Pfund davon zollfrei über die Grenze bringen. In **Hegenheim** waren unter 200 Versammlungsteilnehmern 50 Frauen. Mührende Sorge um das leibliche Wohl der Sozialdemokraten entfaltete die Polizeibehörde in **Mülhausen**. In letzter Stunde verbot sie die Abhaltung der Versammlung in dem dazu ausserordentlichen Saale, weil eine der Türen um 8 Zentimeter zu schmal war. Wie gut, daß dieser Fehler noch rechtzeitig entdeckt wurde! Die hohen Löhne und die billigen Nahrungsmittel verführten ja so manchen Proletarier, sich zu übermäßig, wie leicht hätte einer von ihnen in der zu schmalen Türe stecken bleiben können. Nur schade, daß die elsässischen Polizeibehörden nicht immer mit solchem Eifer über die Einhaltung der baupolizeilichen Vorschriften wachen. Sonst hätte es in **Bühl** bei **Gebweiler** im vergangenen Sommer nicht geschehen können, daß eine Textilfabrik während des Betriebs einstürzte, wobei einige Arbeiter getötet und mehrere schwer verletzt wurden. Trotzdem wir also in **Mülhausen** noch im letzten Augenblick ein neues Lokal wählen mußten, war die Versammlung überfüllt. 26 neue Genossinnen gelang es uns hier der Partei zuzuführen. Gut besucht war auch die Versammlung in **Illzach**. Zu ihr hatten sich einige Herren von der Fortschrittlichen Volkspartei eingefunden. In der Diskussion brachte ein Lehrer altbekannte Schlagworte gegen die politische Betätigung der Frauen vor. Das gab Gelegenheit, die Stellung der Fortschrittlichen Volks-

partei zur Frauenbewegung im allgemeinen und ihr feiges und unehrliches Verhalten in dieser Frage auf ihrem Parteitag zu Mannheim im besonderen zu beleuchten. Auf der Versammlungstour wurden insgesamt an die 100 neue Mitglieder, meistens Frauen, für die Partei und Les r für die „Mülhauser Volkszeitung“ gewonnen. Mögen die neuen Mitkämpfer und -kämpferinnen mit freudiger Hingabe unsere Sache fördern helfen. Denn in jenen Gegenden mit ihrer ausgedehnten Textilindustrie gilt es, unermüdlige Aufklärungsarbeit sowohl auf gewerkschaftlichem wie auf politischem Boden zu leisten. In Fabriken, Kammgarn- und Baumwollspinnereien und in Webereien fronden über 20 000 Proletarier. Die meisten von ihnen sind Frauen und Mädchen, auch mehr als 2000 Jugendliche unter 16 Jahren sind in diesen Betrieben ins Arbeitsjoch eingespant. Der geringe Verdienst des Mannes zwingt die Frau, in die Fabrik zu gehen. Müde und abgeradert kehrt sie abends zurück, um noch ihre Hausarbeit zu verrichten. Erschöpft und abgestumpft durch die ewige Fron findet sie nur schwer den Weg zu ihrer Organisation. Von den über 20 000 Textilproletariern gehören erst 2000 dem Textilarbeiterverband an. Wie soll es aber da gelingen, die Arbeitsbedingungen dieser Ausgebeuteten wirksam zu verbessern? Noch Tausende Gleichgültiger müssen aufgerüttelt werden, noch Tausende müssen sich in der politischen und gewerkschaftlichen Organisation sammeln und Klassenbewußt gegen den Feind kämpfen: den ausbeutenden, knechtenden Kapitalismus. **Therese Blase.**

Ein Fest für die Kinder in Frankfurt a. M. Wie in vielen anderen Orten, so haben auch in Frankfurt am Main unsere Genossinnen eifrig und mit Erfolg gewirkt, um den Arbeiterkindern zu erhöhtem Feriengenuß zu verhelfen. Im Sommer und Herbst führte eine Schar Frauen täglich Tausende Kinder gruppenweise ins Freie; auf dem Rasen und im Walde gab es fröhliche Spiele, einmal auch ein Massenabfuchen und immer warme Milch mit Brötchen. Die kleinen Teilnehmer sollten täglich 5 Pf. Beteiligungsgeld entrichten, die auf Wunsch erlassen wurde. Natürlich mußten die Organisationen große Fehlbeträge beden. Unsere Genossinnen dachten nach, wie ein großer Spartopf anzufüllen sei, damit das Werk noch ergiebiger betrieben werden könne, und als Resultat kam die Idee eines Festes heraus, das am Sonntag den 12. Januar geradezu zu einem großen Ereignis wurde. Von dem üblen Weigelschmack bürgerlicher Wohltätigkeitsfeste war da gar nichts zu verspüren, die ganze Veranstaltung atmete solidarisches Empfinden und brüderlichen Geist und wirkte als Erziehung zu künstlerischen Genüssen.

Frankfurt besitzt eine wunderbar schöne städtische Festhalle, dergleichen man in Deutschland nirgends trifft. Der edel gegliederte Bau faßt 15 000 Personen und hat eine gute Akustik. Zweimal ließ der Arbeiterbildungsausschuß darin große Tonwerke aufführen: Sändels Judas Makkabäus und Mendelsohns Walpurgisnacht; das verstärkte Opernorchester wirkte neben Solisten von der Oper und einer imposanten Schar Arbeiterfänger mit. Jede Aufführung übte tiefgehende Wirkungen aus. In dieser Festhalle fand auch die jüngste Veranstaltung statt. Bei ihr wirkte der schönste Rhythmus des Tanzes auf Sinn und Gemüt, und die Tanzenden waren — Kinder. Hunderte Teilnehmer an den Spaziergängen unterzogen sich eifrig in kindlicher, herzerfreuender Lust den mühevollen Tanzstudien. Die Mütter hügelten und nähten, damit ihr Töchterchen in einem hübschen weißen Fähdchen mit Bändern antreten konnte und der Pub als leibhaftiger Bauernjunge sich dem Reigen einordnete. Liebedoll und mit bewundernswertem Ausdauer widmete Herr Tanzlehrer Sprankel sich dem Unterricht der Kinder, und die reizenden Tanzbilder bezeugten sein achtenswertes Talent. Ein Fahnenreigen, wie man ihn wohl öfter sieht, und vier Tanzreigen wurden geboten: Symbilder der Jahreszeiten. Insgesamt haben 650 Kinder mitgewirkt. Arbeiterfänger, Turner, Radfahrer schufen durch ihre Darbietungen den Rahmen, den die tanzenden Kinder aufs lieblichste ausfüllten. Der Frühling, der mit Märzglockchen Einzug hält; der bunte blumenschwere Sommer; als Herbstbild eine Bauernkirchweih; der weiße Winter mit Schneeflocken: lauter seine Naturbilder in schöner Einfachheit. Helle Lust ging von den Kindern aus, Jubel erfüllte die Ästen.

Das war ein herrliches Familienfest. In alten Chroniken liest man, wie etwa im mittelalterlichen Nürnberg die ganze Stadt zum Anger zog, um die Meisterfinger zu feiern und bei Spiel und Tanz sich zu ergötzen. Richard Wagner hat davon einen Nachhall auf die Bühne gestellt. So echt und rein, so anspruchslos und doch im Sinne des Kunstgenießens wertvoll verlief das Frankfurter Fest. Seine Veranstalter haben, vielleicht unbewußt und darum um so tiefer wirkend, einen wertvollen Beitrag zur Volkskultur geleistet. Die in aller Welt herumreisende Petersburger Balletgesellschaft verschafft den oberen Zehntausend einen angenehmen Nigél, volkstümliche Wirkungen aber gehen von ihrem Auftreten nicht aus. Echt Volks-

tümliches muß aus dem Volke selber kommen. Das Frankfurter Fest ist vollstündlich gewesen. Es läßt ahnen, was unsere Enkel einst sich erobern werden. Trotz der großstädtischen Unkultur und der Hast des Erwerbslebens werden sie sich auch die Tanzfreude, das Gefallen an Rhythmus zurückgewinnen und die geschmacklosen üblichen Gesellschaftstänze unserer Zeit auf den Kiehl werfen.

Der sichere Gewinn des Festes war, daß unsere Arbeiter etwas fanden, was zu ihrem Gemüt spricht, und sie die Bierbank- und Skientoppgefelligkeit als schal verspüren läßt. Ein brüderlicher Geist einte alles und gab dem Solidaritätsempfinden neuen Antrieb. Und unserer Jugend wurde das Samenorn ins Herz gesenkt, aus dem ein grünes Hoffnungsreis spritzen soll. Sie wurde hingelenkt zu unserer großen Sache. Nur wenige Orte gibt es, wo der Rahmen für solche Veranstaltungen gleich weit gesteckt werden kann wie in Frankfurt. Kaum einen, wo man 15 000 Genießende zur Feier zu vereinen vermag. Aber Anfänge zu solchem Festesfeiern sind fast überall möglich. Nutzt die Möglichkeit, macht es nach! W.

Amalie Taubert †. Als eine der ältesten Genossinnen in Leipzig ist Amalie Taubert am 25. Januar 65 Jahre alt aus dem Leben geschieden. An der Seite ihres Mannes hat sie in den schweren Zeiten des Sozialistengesetzes mit bewundernswerter Tatkraft für die Partei notwendige und wertvolle Kleinarbeit verrichtet. Von früh bis abends mußte sie die fleißigen Finger rühren, um mit ihrem Manne zusammen — dem Zigarettenmacher und Parvolyporteur Gustav Taubert — den Unterhalt für die große Kinderfamilie zu erringen. Dabei fand unsere Genossin noch Zeit, in allen Fragen, die die klassenbewußte Arbeiterschaft bewegten und bewegen, sich ein klares Urteil zu bilden und danach zu handeln. So gehörte sie der Freireligiösen Gemeinde an, damit ihre Kinder sich nicht das Gehirn mit dem Wust des Kirchenglaubens belasten mußten. So hat sie auch die Feuerbestattung der Beeridigung vorgezogen. Als vor 19 Jahren als hochschwanger Frau Genossin Taubert mit ihren Kindern am Grabe ihres Mannes stand, hatte sich auch ein Geistlicher eingefunden, der trotz des energischen Protestes der Angehörigen hartnäckig stehen blieb. Da warf einer der Parteigenossen zur Ehrung des Verstorbenen einen Kranz mit prächtiger roter Schleife in das Grab. Auf einen Wink des Geistlichen sprang der Totengräber auf den Sarg, um die staatsgefährliche rote Schleife wieder heraufzuholen. Ein Schrei der Entrüstung ging durch die Reihen der Genossen, die zu Hunderten dem Sarge gefolgt waren und den Friedhof füllten. Die Kinder und die Witwe schrien laut auf. Ein Töchterchen rief ganz entsetzt: „Der tritt auf unseren Vater!“ Da, wie auf Verabredung, flogen die Kränze in das Grab, das in wenigen Augenblicken bis an den Rand gefüllt war. Rufe wurden laut: „Grabt ihn gleich mit ein!“ Als es keine Kränze mehr gab, schaufelten die das Grab umstehenden die Erde mit ihren Händen darüber, daß die rote Schleife nicht wieder heraufgeholt werden könne. In der bürgerlichen Presse wurde dann von wüsten Szenen am Grabe gefaselt. Natürlich sollten sie von den Arbeitern aufgeführt worden sein.

Amalie Taubert hat sich nicht durch des Lebens Tüden niederwerfen lassen. Mit eiserner Energie nahm sie den Kampf ums Brot für ihre Kinder allein auf und hat sie alle ehrlich und rechtschaffen durchgebracht und im Sinne ihrer Überzeugung erzogen. Als das Austragen der sozialdemokratischen Presse eine andere Regelung erforderte, erhielt unsere Genossin in der Konsumgenossenschaft Arbeit, und es war ihr vergönnt, bis wenige Tage vor ihrem Tode keine aus Mitleid Gedulde zu sein, sondern als volle Arbeitskraft ihren Unterhalt zu verdienen. Alle, die Amalie Taubert näher kannten und mit ihr für die Partei tätig waren, werden der Verstorbenen ein dauerndes Andenken bewahren. Klara Wehmann.

Politische Rundschau.

Auf der Balkanhalbinsel donnern wieder die Kanonen, das Nordden hat aufs neue angehoben. Zu den schändlichen Greueln der Vandalen an der wehrlosen türkischen Bevölkerung der eroberten Gebiete tritt wieder die organisierte Massenhinföschung der Kämpfer. Alle Bemühungen der Mächte, die Wiederaufnahme des Krieges zu verhindern, sind ganz umsonst gewesen, alle feierlichen Worte der Diplomaten waren wiederum in den Wind gesprochen. Genau wie zu Beginn des Krieges hat sich auch diesmal das „europäische Konzert“ mit vernichtender Lächerlichkeit bedeckt. Die Türkei wagt es, sich gegen den Willen „ganz Europas“ zur Wehr zu setzen. Trotz der tollen Verwirrung im Lande, trotz der inneren Gegensätze, die sie jeden Augenblick verschlingen können, trotz der furchtbaren Geldnot haben die Jungtürken den kriegerischen Widerstand aufgenommen. Sie haben sogar vom Marmarameer aus einen Vorstoß in den Rücken der vor den Thakatalbischalinen liegenden bulgarischen Armee ins Werk geleitet.

Durch diesen wurden die Bulgaren anscheinend gezwungen, sich von der Thakatalbischalinen zurückzuziehen. Es scheint aber, daß die Türken ihren Plan zunächst aufgeben müssen, um vor allen Dingen die Halbinsel Gallipoli gegen eine bulgarische Armee zu behaupten. Die Halbinsel Gallipoli bildet mit der gegenüberliegenden asiatischen Küste die Meerenge der Dardanellen, die, stark befestigt, den südlichen Eingang in das Marmarameer verteidigt, an dessen nördlichem Eingang Konstantinopel liegt. Würden die Forts der Dardanellenstraße von der Landseite her, wo sie erheblich schwächer sind als nach der Meerenge hin, von den Bulgaren genommen, so könnte die griechische Flotte ins Marmarameer eindringen und nach Vernichtung der türkischen Flotte läge Konstantinopel offen unter den Kanonen der griechischen Kriegsschiffe. Deshalb werden die Türken alles daransetzen müssen, die Halbinsel Gallipoli zu halten, wo die Bulgaren die schwächeren türkischen Streitkräfte bereits zurückgedrängt haben. Und unter der bitteren Notwendigkeit, die Hauptstadt an den Dardanellen zu verteidigen, dürften die kühnen Angriffspläne Enver Behs gegen die bulgarische Hauptarmee verflümmern. Die Türken werden Adrianopel, das heftig beschossen wird, seinem Schicksal überlassen müssen. Es läßt sich nicht absehen, wie sie die militärische und politische Lage durch die Aufopferung neuer Hekatomben von Menschenleben zu ihren Gunsten sollten wesentlich wenden können.

Für die Völker Europas bedeutet der Wiederbeginn des Krieges eine Verlängerung der kritischen Zeit, in der die Gefahr des Weltkrieges über das normale Maß hinaus gesteigert ist, das der kapitalistischen Gesellschaft in ihrem imperialistischen Zeitalter eigen ist. Zwar ist zurzeit von den Drohungen Rußlands, in Armenien einzurücken, weniger zu hören, indes ist für neuen Bündnistoff gesorgt. Dieser Tage hat die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ ganz unverhohlen erklärt, daß einem Vordringen der Bulgaren, das die Dardanellen oder Konstantinopel in ihre Hand bringen könnte, nicht alle Mächte stillschweigend zusehen würden. Das klingt wie eine Drohung nicht nur an die Adresse der Balkanstaaten, sondern auch Rußlands. In Kaisergeburtstagsreden haben fast gleichzeitig die deutschen Völkervertreter zu Paris und zu Konstantinopel erklärt, Deutschland wolle nicht die Teilung der asiatischen Türkei. Auf keinen Fall aber könnte es dulden, daß eine andere europäische Macht Kleinasien besetze, wo wir „Lebensinteressen“, das heißt bedeutende Kapitalinteressen hätten. In der alldeutschen Presse und auch schon in fortschrittlichen Blättern wird denn auch ganz offen die Forderung erhoben, Deutschland solle erklären, daß es auch dabei sein werde, wenn es zur Zerstückelung der asiatischen Türkei kommen sollte.

Der Revolte der Militärs, die wir in der vorigen Rundschau geschildert haben, ist eine der Junker gegen die Reichsregierung gefolgt. Bethmann Hollweg und der Staatssekretär Delbrück werden des Mangels an Mut und Tatkraft geziehen, weil sie die Forderung der Scharfmacher und Junker nach einem Ausnahmegesetz gegen die Arbeiterklasse nicht ohne weiteres erfüllen wollten, sondern nach einem die Massen minder aufreizenden Weg zur Erdrösselung der Arbeiterrechte suchen. Und so muß denn alles herhalten, was zur Erschütterung der Stellung der beiden Minister dienen kann. Freilich machen die Junker zum Teil so großen Donner, um über das eigentliche Ziel ihres Angriffs zu täuschen. Natürlich ist es den Herren auch mit ihren Plänen gegen die Arbeiterklasse Ernst. Doch würden sie es schon ertragen, daß diese Pläne noch um einige Zeit verschoben werden. Vor einem Jahre mußten sie sich ja auch zu fassen, als die Resolution der Konserativen für den „Schutz der Arbeitswilligen“ gleichfalls mit großer Mehrheit in den Papierkorb des Reichstags geworfen wurde. Diesmal geht es in Wahrheit um näherliegende Interessen: die Besitzsteuer soll vereinfacht werden. Wenn Bethmann und Delbrück und der Reichsschatzsekretär Kühn von den Junkern gestürzt werden, so geschieht es, um das Portemonnaie der Thronstücken vor einer direkten Reichssteuer zu retten. Die Regierung Bethmann Hollwegs muß mit dieser Besteuerung jetzt Ernst machen, denn die neue Militärvorlage wird gewaltige Anforderungen an den Reichssäckel stellen. Diese wird nach einer glaubhaften Meldung der „Täglichen Rundschau“ eine Erhöhung der Mannschaftsstärke um 45 000 bis 50 000 Mann jährlich und höhere Kosten als die beiden letzten Heeresverstärkungen zusammengenommen bringen! Dieselbe Zeitung kündigt denn auch schon andere neue Steuern neben der Besitzsteuer an. Unter anderem auch eine Wehrsteuer, die die zum Militärdienst Untauglichen befallen soll. Es wird also eine neue Reichsfinanzreform kommen — kaum vier Jahre nach der „glorreichen“ der Schwarzblauen, die den gesteigerten Bedürfnissen des Militarismus schon nicht mehr genügt. Junker und Zentrum fürchten, daß Bethmann Hollweg sich von der Reichstags-

mehrheit, die für die Erbschaftsteuer vorhanden ist, zur Aufnahme dieser von ihnen bitter gehähten Steuer bestimmen lassen könnte. Deshalb der Versuch, den Kanzler und seine Mitschuldigen durch eine Reihe wütender Angriffe im preussischen Dreiklassenhaus und im Reichstag zu stürzen unter dem Vorwand, sie zeigten der Umsturzgefahr gegenüber Schlappheit. Deshalb mußten die Junker v. Kardorff, v. Zedlitz und andere im preussischen Landtag ins Scharfmacherhorn stoßen und den heiseren Ruf nach dem Ausnahmegesetz erheben.

Bei dieser Gelegenheit tobten die Junker zugleich ihren Haß gegen das Parlament des allgemeinen, gleichen Wahlrechts aus, das sich unbefugterweise in preussische Dinge gemischt habe. Denn im Reichstag hatte die Interpellationsdebatte über das schändliche, gegen die Polen gerichtete preussische Enteignungsgesetz damit geschlossen, daß eine große aus Sozialdemokraten, Zentrum und Polen gebildete Mehrheit diese Gewaltpolitik in einer Resolution brandmarkte. Aber hinter diesem Wüten gegen den Reichstag steckte gleichfalls ein Angriff gegen den Kanzler. Die Tatsache, daß er ein Mißtrauensvotum vom Reichsparlament erhalten, daß er es nicht verstanden habe, eine Mehrheit für seine Politik zu sichern, daß durch seine Schuld Deutschland vor der Welt bloßgestellt sei, sollte unterstrichen, sollte dem Kaiser eindringlich vor Augen gerückt werden. Freilich kann ein solches Mißtrauensvotum im Deutschen Reiche einen Reichskanzler noch lange nicht stürzen. Die Mehrheit, die sich in diesem besonderen Falle zusammensand, fällt bei den entscheidenden Fragen der Reichspolitik sofort wieder auseinander. So würde das Zentrum der Reichsregierung in der Frage der Fleischnot sogleich wieder das Vertrauen aussprechen. Ja nicht einmal im Kampfe gegen die preussische Polenpolitik würde diese Mehrheit auf die Dauer zusammenhalten. Weder das Zentrum noch die Polen, obwohl sie doch die Leidenden sind, würden der Regierung wegen ihrer brutalen Germanisierungsmethoden die Mittel und die Zusammenarbeit verweigern. Trotz alledem ist ein solches Mißtrauensvotum, das mit Hilfe des Zentrums zustande gekommen ist, für den Reichskanzler eine unangenehme Sache. Denn ohne Zustimmung dieser Partei kann ein Kanzler heute in Deutschland nicht seines Amtes walten, und wenn das Zentrum auch durchaus nicht an einen grundsätzlichen Kampf gegen die Politik der Regierung denkt, so scheint es um so entschlossener zu sein, die Person des jetzigen Kanzlers zu Fall zu bringen. Sonst hätte es schon irgend einen Vorwand gefunden, um jenes Votum zu verhindern. Es hätte sich ja die feige Ausrede der Fortschrittlichen Volkspartei zu eigen machen können. Diese liberalen Kammerseelen enthielten sich der Abstimmung über ein Verfahren, das einen Faustschlag gegen jedes demokratische Gefühl bedeutet, indem sie vorschnell, der Reichstag sei nicht zuständig, über preussische Angelegenheiten zu entscheiden.

Das Zentrum hat ja auch noch Rache an Bethmann Hollweg wegen seiner Haltung in der Jesuitenfrage zu nehmen. Doch ist den Schwarzen der Kampf gegen das Jesuitengesetz nicht soviel wert, daß sie deswegen ihre Stellung als Regierungspartei aufs Spiel setzen würden. Wenn sie die Stellung des Kanzlers unhaltbar zu machen suchen, so tun sie das, um die Erbschaftsteuer zu verhindern. Das gleiche Ziel verfolgen die Junker. Es wird ein Spiel mit verteilten Rollen gespielt. Von verschiedenen Stellungen aus, auf verschiedenen Wegen wird der Kanzler von den Schwarzen und Blauen angegriffen. Gemeinsames Vorgehen ist nicht möglich, weil das Zentrum um seiner Arbeiterwähler willen die konservative Scharfmacherpolitik nicht offen mitmachen kann, während die Junker wieder an der Polenverfolgung starkes Interesse haben. Um den Kanzler in die Enge zu treiben, droht ein Teil der Zentrumsprelle bereits ziemlich unerblickt mit Abstrichen an der Militärvorlage und malt das Gespenst einer baldigen Reichstagsauflösung an die Wand. Da die Sozialdemokratie die Heeresverlängerung selbstverständlich grundsätzlichen ablehnt, so hat das Zentrum es allerdings in der Hand, die Militärvorlage durch Abstriche der Regierung unannehmbar zu machen. Durch diese Drohungen soll die Regierung wohl müde und in der Deckungsfrage den Blauschwarzen gefügig gemacht werden. Vielleicht geht die Spekulation dahin, daß Bethmann Hollweg vor diesen Drohungen die Segel streichen werde, und daß sein Nachfolger, unbeschwert durch irgendwelche Verpflichtungen, durch Bearbeitung der Nationalliberalen eine Lösung der Deckungsfrage im Sinne der Blauschwarzen zustande bringe. Sollte es aber wirklich auf eine Reichstagsauflösung abgesehen sein, auf Neuwahlen, durch die die Zahl der sozialdemokratischen Mandate wieder herabgedrückt werden soll und die den Blauschwarzen wieder die Mehrheit im Reichstag geben sollen, so fürchtet sich die Sozialdemokratie davor am liebsten. Der Schwindel der Hottentottenwahlen des Jahres 1907 wird sich kaum

wiederholen lassen. Die Sozialdemokratie kann mit kaltem Blute auf den Wirrwarr in der Regierung und im Lager der bürgerlichen Parteien schauen. Gefaßt auf alles, hält sie ihr Pulver trocken.

Am Aschermittwoch führte die Garnison Straßburg nachträglich eine Fastnachtskomödie auf unter der Direktion eines Menschen, den die Militärbehörden seinerzeit für geisteskrank erklärt hatten. In einem Telegramm meldete der Kaiser seine Ankunft, und zwei Stunden harrten Garnison und Behörden in strammer Paradehaltung und das begeisterte Speichbürgertum Straßburgs auf ihren obersten Herrn. Dies Schauspiel genoss inzwischen mit stillem Lächeln sein Urheber, eben jener Geistesranke, der mit so gutem Erfolg Wilhelm II. in dem Telegramm markiert hatte. Daß es dem Bedauernswerten mit einer so primitiven Fälschung gelungen war, eine große Garnison zu alarmieren, ist eine blutige Satire auf den Geist unseres Militarismus, die sich würdig der Köpenickade des Schuhmachers Voigt anreißt. Der Kaiser ist ungehalten über diesen Streich, den ein Verrückter mit seiner Person dem deutschen Kommiß spielte; Europa lacht. H. B.

Gewerkschaftliche Rundschau.

Die Niederlage der Konservativen im Reichstag mit ihrem Antrag auf Verbot des Streikpostenstehens erweckt in den Kreisen der Industriellen bitteren Schmerz. Diese Plebejer haben ein tiefes Verständnis für den Affront, der damit den blaublütigen Edelften und Besten der Nation zugefügt worden ist. Der Zentralverband der Industriellen hat in einer Ausschußsitzung, von der sonst nichts in die Öffentlichkeit drang, seiner Wut über die Regierung und die pflichtvergessenen Abgeordneten Luft gemacht. Der Regierung fehle es augenscheinlich an Mut, den Kampf gegen die Sozialdemokratie aufzunehmen, so hieß es da. Doch sie werde um diesen Kampf nicht herumkommen. Am unwürdigsten war aber nach der Meinung der Scharfmacher die Haltung der Nationalliberalen, die nicht wagten, mit den offenerzigen Reaktionen zu stimmen. Die Mehrzahl der Abgeordneten sei eben nur von der Sorge um ihre Wiederwahl erfüllt, die sie über das Wohl des Vaterlandes — das heißt der Unternehmer — stellten. Im Parlament verlor sie jedes Augenmaß für das praktische Leben. Überhaupt habe ein Parlament, das einen solchen Antrag ablehnen konnte, seine Daseinsberechtigung verwirkt. Die deutsche Industrie habe von ihm nichts zu erhoffen. Es müsse aber einmal mit aller Entschiedenheit zum Ausdruck gebracht werden, wie sehr sie durch das vaterlandsfeindliche Verhalten des Reichstags geschädigt werde. Das mußte endlich gesagt werden. Sonst wären die armen Scharfmacher vor Wut erstickt, und das wäre ein unersehlicher Verlust gewesen, das Ende der Industrie, von der die Herren reden, wenn sie an ihren Profit denken.

Die christlichen Gewerkschaften sind im Jahre 1912 anscheinend nur mäßig vorwärts gekommen. Nach der Arbeitslosenstatistik des Reichsarbeitsamtes haben 9 ihrer größten Verbände ungefähr um 3000 Mitglieder zugenommen. Und das in einer Zeit, in der die freien Gewerkschaften vermutlich einen Zuwachs von 600 000 bis 700 000 Mitgliedern buchen können. Vom Stande des christlichen Bergarbeiterverbandes, der Ende des vorigen Jahres im Saargebiet Tausende von Aufnahmen gemacht haben wollte, erfährt man übrigens aus der Statistik gar nichts. Er beteiligt sich nicht daran, vielleicht aus guten Gründen. Der Judasdienst der Christlichen für die Ausbeuter im Ruhrbergarbeiterstreik trägt jetzt den Grubenaktionären reiche Früchte. Die Bergwerksgesellschaft Gibernia hatte im Jahre 1912 einen Bruttoüberschuß von über 13½ Millionen Mk., 3 Millionen oder 28 Prozent mehr als im Vorjahr. Und die Bergarbeiter? Ihr Lohn stieg in der Zeit der schlimmsten Teuerung von 4,91 Mk. auf 5,10 Mk., also um ganze 19 Pf. gleich 3,8 Prozent. Der Unternehmergewinn aber soll noch höher geschraubt werden. Das Rheinisch-Westfälische Kohlen Syndikat wird voraussichtlich eine weitere Erhöhung der Kohlenpreise durchsetzen. Den Aktionären, die seinen Finger zu rühren brauchen, Millionen, den Arbeitern, die ihr Leben aufs Spiel setzen, einige Vettelpennige mehr, die durch übermäßige Akkordschusterei herausgepreßt werden müssen und bei der ersten besten Gelegenheit entzogen werden können.

Die großen Tarifbewegungen im Baugewerbe, im Holzgewerbe, im Malergewerbe und im Schneidergewerbe sind noch immer im Stadium der Verhandlungen.

Auffehen erregte ein plötzlich ausgebrochener Streik der Hochbahnangestellten in Hamburg. In kurzer Zeit war es gelungen, den ganzen Betrieb stillzulegen. Die Angestellten, die nur erst schwach organisiert sind, riefen die Leitung des Transport-

arbeiterverbandes als Vermittler an. Dieser gelang es rasch, eine Einigung herbeizuführen. Die Hochbahngesellschaft verpflichtete sich zu einigen Zugeständnissen in der Lohnfrage und anderen Dingen. Wegen die Streikenden wurde der Vorwurf erhoben, sie hätten die elektrische Leitung durchschnitten, um den Betrieb lahmzulegen. Die bürgerliche Presse berichtete mit schmerzlichem Behagen über diesen Sabotageakt. Es konnte von den Streikenden leicht der Nachweis geführt werden, daß diese Behauptung blanker Unsinn war. Ungefehrlich handelten in dieser Bewegung nicht die Arbeiter, vielmehr die Polizei. Als sich unter den Angestellten eine neue Gärung bemerkbar machte, weil die Direktion Maßregelungen vornahm, dekretierte die Polizei kurzerhand, daß der Fahrschein jedem entzogen würde, der sich am Streik beteiligte.

Am den Neunstudientag wird in der Schuhindustrie in Groitzsch gekämpft, einem kleinen Städtchen bei Leipzig. Die Arbeitszeit beträgt dort noch bis zu 59 1/4 Stunden in der Woche. 400 Arbeiter und Arbeiterinnen werden die Arbeit einstellen, wenn es nicht noch in der Kündigungszeit zu einer Einigung kommt.

Die Verhandlungen im Binnenschiffahrtsgewerbe sind gescheitert. Die Reederei weigerten sich, auf die Hauptforderung der Mannschaften einzugehen, die Einführung der Nachtruhe. Sie wollen die Einführung dieses Fortschrittes der Gefesgebung überlassen. Diese hat sich nun zwar mit der Materie schon beschäftigt, es ist aber keine Aussicht, daß sie so bald zu einer Tat kommt und die Arbeitszeit regelt. Und darauf rechnen die Unternehmer. Der Kampf hat schon auf der ganzen Linie eingeseht. Die Mannschaften, die zu vier Fünfteln zu Hause sind, verweigern die Aufnahme der Seefahrt, die übrigen werden die Schiffe am 15. Februar verlassen.

Fachausschüsse für die Heimarbeiterinnen sollen gebildet werden. Der Gewerbeverein der christlichen Heimarbeiterinnen hatte darum in einer Eingabe an die Regierung gebeten. Der Bundesrat ließ nun erklären, daß er die Bildung einer beträchtlichen Anzahl solcher Ausschüsse in Aussicht genommen habe. Stärkeres Leben wird dadurch dem toten Hausarbeitgefeh auch kaum eingeblasen werden, es findet wegen seiner gänzlichen Unzulänglichkeit für die Heimarbeiter und -arbeiterinnen wenig Beachtung. Der Boykott über die Kakes-, Waffel- und Zwiebackfabrik von Harry Trüller in Celle ist aufgehoben. Die Firma erkennt jetzt wenigstens das Koalitionsrecht ihrer Arbeiter und Arbeiterinnen an. An den Arbeitsbedingungen bleibt jedoch noch vieles zu bessern übrig.

Der Gärtnerverband sieht sich veranlaßt, auf die Abstände im Blumenbindergewerbe aufmerksam zu machen und besonders junge Mädchen zu warnen, die sich diesem Erwerbszweig zuwenden wollen. Heute lernen die Blumenbinderinnen ein Jahr. Die Unternehmer aber sind daran, diese Lehrzeit auf 3 Jahre zu verlängern, um sich dadurch billige Ausbeutungskräfte zu sichern. Die Blumenbinderei ist ein Saisongewerbe, und 5 Monate im Jahre haben die Binderinnen keine Beschäftigung. Mädchen, die trotz dieser wenig verlockenden Aussichten gewillt oder gezwungen sind, das Gewerbe zu erlernen, sollten sich aber unter allen Umständen hüten, auf eine dreijährige Lehrzeit einzugehen. Den in Blumengeschäften tätigen jungen Mädchen sollte ihre Organisationspflicht eingeschärft werden. Die meisten von ihnen stammen aus Arbeiterkreisen. Die politisch und gewerkschaftlich organisierten Mütter mühten ihre Töchter auf den Gärtnerverband hinweisen. Im Blumenbindergewerbe hat die Organisation noch ein sehr großes und schweres Arbeitsfeld vor sich. #

Aus der Textilarbeiterbewegung. Die Filiale Kirchberg i. Sa. des Deutschen Textilarbeiterverbandes hat im Dezember 1912 eine Erhebung über die Entlohnung ihrer Mitglieder veranstaltet. Es galt, einen Überblick darüber zu gewinnen, wie weit sich die Löhne im letzten Jahre nach oben und nach unten bewegt hatten. Für den Textilindustriellen Fernstehenden mag das seltsam klingen, aber trotz fester Abmachungen über die Löhne sind solche Erhebungen immer wieder von neuem notwendig. Selbst dort, wo in der Textilindustrie Tarife bestehen, haben die Ausbeuteten — sofern sie nicht ausschließlich in Zeitlohn beschäftigt sind — keine Sicherheit für einen annähernd gleichmäßigen Verdienst. Die besten Tarife helfen da nichts, wenn die in den Tarif aufgenommenen Artikel von der herrschenden Mode nicht begehrt werden. Tritt dieser Fall ein, dann versuchen die Fabrikanten gewöhnlich als nächstliegendes Mittel, den Artikel billiger auf den Markt zu bringen, um die Nachfrage nach ihm zu steigern. Soweit Tuchwebereien in Frage kommen, wird das bei Neumusterungen durch Veränderungen in der Schuh- und Kettenstoffe sowie durch billigere Rohmaterialien und Anpassung der Appretur erreicht. Ein weiteres Mittel, um die

Gestehungskosten herabzusetzen, ist die Lohnkürzung. Bestehen Tarife, so bieten die Unternehmer alle technischen und kaufmännischen Kniffe auf, um den betreffenden Artikel in eine niederere Lohnklasse einzureihen. Sind aber keine Tarife da, so kürzen die Herren die Löhne ganz rücksichtslos überall dort, wo keine kampffähige Organisation vorhanden ist. In Kirchberg ist leider die Arbeiterschaft noch nicht in der wünschenswerten Stärke organisiert — zurzeit gehören etwa 42 Prozent dem Verband an. Infolgedessen muß sie sich in vielen Fällen der willkürlichen Festsetzung der Löhne durch den Fabrikanten allein unterwerfen. Im Jahre 1911 verdienten in Kirchberg 300 Textilarbeiter im Mittel wöchentlich 15,26 Mk. und 322 Arbeiterinnen 10,14 Mk. Die im Dezember 1912 angestellte Erhebung ergab folgendes Bild: 135 Männer und 154 Frauen hatten noch den gleichen Verdienst wie im Vorjahr; 81 Männer und 82 Frauen konnten eine Lohnerhöhung von 95 Pf. in der Woche melden und 33 Männer und 31 Frauen eine solche von 178 und 133 Pf.; 10 Männer und 20 Frauen hatten eine Schwämmerung ihres Verdienstes um 133 und 92 Pf. wöchentlich erlitten. 4 Prozent der Arbeiterschaft mußten sich mit einer Kürzung ihres Wochenlohnes um 92 bis 133 Pf. abfinden, 35 Prozent haben eine Lohnerhöhung von 94 bis 178 Pf. in der Woche zu verzeichnen und rund 60 Prozent sind auf ihren alten Lohnsätzen geblieben. Die Erhebung zeigt also für 1912 das gleiche Lebensbild wie im Jahre 1911. Da Kirchberg eine einheitliche Industrie hat — Tuchfabrikation —, darf man das Ergebnis der Erhebung als allgemein gültig für die Lage der 1900 Arbeiter und Arbeiterinnen dieses Ortes ansprechen. Höchstens daß die Erhebung den Verdienst noch in zu günstigem Lichte erscheinen läßt, da nachweislich die organisierten Arbeiter immer noch einige Pfennige im Lohn höher stehen als die übrigen. Sieht man von der sächsischen Lausitz ab, so werden in den Webereien Kirchbergs die niedrigsten Löhne in Sachsen gezahlt. Sie stehen für die Männer durchschnittlich um 5 Mk. und für die Frauen um 3 Mk. niedriger als in den übrigen sächsischen Webereien. Diese Feststellungen veranlaßten den Textilarbeiterverband, den Fabrikanten einen Lohnstarif zu unterbreiten. In ihrem Antwortschreiben lehnte die Unternehmerorganisation ein Verhandeln mit den Verbandsvertretern ab. Den Arbeitern wurden Beratungen darüber versprochen, ob „in einzelnen Fällen“ eine Lohnaufbesserung möglich sei. Es ist klar, daß dabei für die Arbeiter nichts oder so gut wie nichts herauskommen wird. Die Kirchberger Arbeiter und Arbeiterinnen müssen sich aus ihrer Gleichgültigkeit aufraffen und zu Kämpfen werden, wenn sie die gleichen Löhne haben wollen, wie sie ihre Arbeitsbrüder in den Nachbarorten erhalten. Jetzt ist gerade die richtige Zeit, sich für den Kampf zu rüsten. In allen Bezirken des Verbandes wird gegenwärtig rührig agitiert, um neue Mitglieder der Organisation zuzuführen. Da rufen wir vor allem den organisierten Textilarbeiterinnen Kirchbergs zu — sie stehen ja zum Teil schon seit Jahren in der Front —: Müht die Stunde, werbt für eure Organisation! Nur Stärkung der eigenen Reihen schafft die Gewähr für Anerkennung eurer Forderungen. Ohne die Organisation kann es nicht vorwärts gehen! sk.

Ein Schiedsspruch im Lohnkampfe der Holzarbeiter. Noch zu Ende Januar standen in der Holzindustrie die Zeichen auf Sturm. Je mehr man sich jedoch dem Ablauftermin der Verträge näherte, sind die Aussichten friedlicher geworden. Die Arbeitgeber machten eingesehen haben, daß sie mit ihren Schredschüssen die wohlgefügte Arbeiterorganisation nicht einschüchtern konnten, und daß ihr Verhalten einen Kampf herausbeschwören müßte, der ihnen selbst schwere Wunden schlagen würde. Letzten Endes würden sie dann aber doch gezwungen sein, weitergehende Zugeständnisse zu machen. Dieser Auffassung der Dinge entsprachen nun auch die Verhandlungen, die in der Woche vom 3. bis 8. Februar in Berlin unter dem Vorsitz des Freiherrn v. Verlepsch als Unparteiischem stattfanden. Sie brachten die Parteien einander wenigstens um so viel näher, daß Herr v. Verlepsch in den Hauptfragen einen Schiedsspruch fällen konnte.

Die Verhandlungen gingen in folgender Weise vor sich. Zuerst berieten nur die Verbandsvorstände der beiden Parteien miteinander und diskutierten besonders die Fragen Vertragsablauf und Arbeitszeit. Dann trugen an zwei Tagen die Arbeitervertreter ihre Wünsche in der Lohnfrage vor und verteidigten diese gegen die Einwendungen der Arbeitgeber. Die Arbeiter der einzelnen Vertragsstädte hatten zu diesem Zwecke nach der Ortsgröße je einen bis drei Beauftragte nach Berlin entsandt, während die Arbeitgeber ihrerseits keine Ortsvertreter stellten. Nachdem sich sodann die Zentralvorstände dahin verständigt hatten, einen Schiedsspruch herbeizuführen, wurde zu dessen Vorbereitung dem Unparteiischen je ein Vertreter der Arbeiter und der Unternehmer beigelegt. Am

Nachmittag des 8. Februar konnte der Schiedspruch den Konferenzen von Vertretern der Vertragsorte unterbreitet werden, die zu gleicher Zeit von beiden Parteien abgehalten wurden.

Das Charakteristische in diesem Schiedspruch ist, daß sich auch der Unparteiische in den wesentlichen Fragen den Gründen nicht verschließen konnte, mit denen die Arbeiter ihre Forderungen unterstützten. Die Arbeitgeber verlangten bekanntlich die dreijährige Vertragsdauer — der Schiedspruch aber erkennt die bestehende vierjährige Vertragsdauer als den „rechtmäßigen Zustand“ für die Zukunft an. Die Arbeitgeber lehnten vorher jede Verkürzung der Arbeitszeit unter 54 Wochenstunden ab — der Schiedspruch bringt allen Orten mit einer einzigen Ausnahme eine Verkürzung der Arbeitszeit von 1 bis 3 Wochenstunden. Nicht weniger als 29 Orte mit zusammen über 45 000 Beschäftigten erhalten nun eine Arbeitszeit, die unter jenen 54 Stunden beträgt. Eine Lohnerhöhung von 2 bis 3 Pf. pro Stunde wollten die Arbeitgeber bei der von ihnen vorgeschlagenen dreijährigen Vertragsdauer gewähren. Der Schiedspruch setzt eine Erhöhung des Stundenlohnes für alle unter den Vertrag fallenden Arbeiter fest, also auch für die Hilfsarbeiter, und diese Erhöhung soll am 1. März 1913 und 1914 je 2 Pf., am 1. März 1915 1 Pf. betragen, zusammen mithin 5 Pf. In wenigen Orten erhalten die Arbeiter ausnahmsweise nur die vorgesehenen ersten 4 Pf. mehr, in Danzig und Krefeld dafür jedoch dreimal 2 Pf., also 6 Pf. Außerdem tritt zum Ausgleich für jede Stunde Arbeitszeitverkürzung eine Lohnerhöhung um 1 Pf. ein. Dadurch steigt in Wirklichkeit der heutige Stundenlohn um 5 bis 8 Pf.

Die Arbeitszeitverkürzung ist so geregelt, daß sie in den Jahren 1913 bis 1916 jeweils am 1. Juli, 1917 dagegen am 15. Februar eintritt. Die Arbeitszeit in den fortgeschrittenen Orten wird damit um eine Stunde vermindert. Berlin erhält die 50stündige Arbeitswoche, Leipzig, Dresden, München, Potsdam-Konowes und Spandau erhalten die 51stündige. In den kleineren Orten wird die Arbeitszeit um 2 bis 3 Stunden herabgesetzt. Außerdem ist für einige Orte ausgesprochen worden, daß weitere Arbeitszeitverkürzungen in der übernächsten Vertragsperiode, also in den Jahren 1918 bis 1921 eintreten sollen. Nach dem Schiedspruch wird es unter den jetzigen 50 Vertragsgebieten 1917 nur noch 12 geben, wo die Wochenarbeitszeiten über 54 Stunden bis 56 Stunden betragen, 1920 aber deren gar nur noch 3 mit zusammen 280 Arbeitern.

Eine Neuerung bringt der Schiedspruch in der Vertragsgruppierung. Jetzt bestehen vier einzelne Vertragsgruppen. Sie sollen zu zwei möglichst gleichstarken Gruppen zusammengesetzt werden. Die zwei unbedeutenden Gruppen mit 7000 bzw. 6000 Beteiligten, deren Verträge 1914 und 1916 ablaufen, sollen der Gruppe von 1915 zugefellt werden. Dadurch werden die Vertragsverneuerungen mit dem Arbeitgeberverband für das deutsche Holzgewerbe auf jedes zweite Jahr konzentriert. In den ersten Zeiten der bisherigen Tarifgruppen war der Schutzverband Berlin die einzige maßgebende Arbeitgeberorganisation im Holzgewerbe. Inzwischen hat im Innungsverband in Rheinland-Westfalen, hat in Sachsen und angrenzenden Gebieten der deutsche Industrieverband an Einfluß gewonnen, so daß auch sie nunmehr für Lohnkämpfe in Frage kommen.

Der in groben Umrissen skizzierte materielle Inhalt des Schiedspruchs wird von einer Anzahl recht wesentlicher sonstiger Bestimmungen begleitet, deren Würdigung wir uns vorbehalten. Die Tarifbewegung ist aber noch lange nicht beendet, auch die Gefahr eines Kampfes noch nicht beseitigt. Die eigentliche Vertragsformulierung wie die Verständigung über Arbeitsnachweis, Montagezuschläge und anderes mehr ist den örtlichen Parteien überwiesen worden. Über die Annahme oder Ablehnung des Schiedspruchs selbst haben die Versammlungen beider Parteien an den Vertragsorten zunächst zu entscheiden. Vorbehaltlich der Billigung des Schiedspruchs durch die Städtekonferenzen der Arbeiter und Unternehmer sollen Arbeitsniederlegungen oder Aussperrungen vor dem 1. März auf keinen Fall erfolgen. fk.

Notizenteil.

Kellnerinnenfrage.

Kellnerinnenausbeutung. Im Süden und Westen Deutschlands findet man bekanntlich in den Gastwirtschaften statt der im Norden üblichen Kellnerbedienungs fast durchweg Kellnerinnen, die hier allerdings nicht in dem üblichen Rufe stehen, den „Bedienung von zarter Hand“ in Norddeutschland hat. Einige amtliche Erhebungen haben ergeben, daß die schrankenlose Ausbeutung, die den Gast-

wirtsgehilfen gegenüber gang und gäbe ist, für die Kellnerinnen von besonders verheerender Wirkung ist. Der schwächere Körper der Frau widersteht noch weniger als der des Mannes den besonderen Krankheiten des Kellnerberufs. Mannigfache schwere Weiden bilden sich als Folge des übermäßig langen Stehens und Gehens; Mangel an Arbeits- und Erhpausen, das Fehlen ausreichenden Schlafes untergraben oft in wenigen Jahren die festeste Gesundheit und setzen die Widerstandsfähigkeit gegen Infektionskrankheiten, insbesondere gegen die Tuberkulose, in erschreckender Weise herab. Das Kaiserliche Gesundheitsamt hat auf Grund umfassender Untersuchungen festgestellt, daß die Erkrankungsgefahr für Kellnerinnen größer ist als für den Durchschnitt der bei Krankenfällen überhaupt versicherten Personen.

Besser als lange Ausführungen über die Ausbeutungspraktiken, unter denen die Kellnerinnen zu leiden haben, beleuchtet der nachstehend abgedruckte Arbeitsvertrag die recht- und schutzlose Lage jener Proletarierinnen. Er lautet:

„Geschäftsordnung und Abkommen

zwischen Herrn Baumeister Georg Kühn und Herrn Oskar Scherff in Wahren bei Leipzig, Bureau: Mühlenstraße Nr. 15, und Fräulein geboren am
Engagement ab 1. Mai 1913 bis auf weiteres, eventuell 31. Oktober 1913.

Engagiert als: Kellnerin für Ausschank Franziskaner auf der Internationalen Bauausstellung Leipzig 1913.

Kleidung: Schwarzer Rock, Hemdenbluse, weiße Schürze, schwarzer Selbstbinder, Haar auf der Seite geschittelt.

Lohn: Keinen. Kost: Keine. Wohnung: Keine. Kündigung: Drei Tage.

Zu melden: Bureau von Baumeister Kühn in Wahren, Mühlenstraße 15.

Einzutreffen: Am 30. April 1913 früh 9 Uhr, eventuell auf Verlangen in der Zeit vom 1. April bis 30. April 1913; deshalb stets acht Tage vor dem 1. April Aufenthaltsort angeben.

Jeder Anordnung des Herrn Kühn oder des Herrn Scherff oder deren Stellvertreter ist unbedingt Folge zu leisten.

Alles Rauchen innerhalb des Betriebs ist untersagt.

Während der Geschäftszeit ist es verboten, sich zu den Gästen zu gehen.

Die Kellnerinnen haben sich untereinander mit Sie anzureden. Für jede Kellnernummer sind 55 Pf. zu hinterlegen, welche bei Vertragsauflösung zurückerstattet werden. Verlorene Nummern müssen ersetzt werden.

Jede Kellnerin hat täglich früh 30 Pf. Bruchgeld abzuführen.

Die Handserbieten müssen gegen Hinterlegung von 50 Pf. pro Stück bei der Wäschemamsell jeden Tag geholt und bei Geschäftsschluß wieder abgeliefert werden.

Bei Vertragsabschluß sind als Garantie für pünktliches Eintreffen und Angaben des Aufenthaltsortes 15 Mk. (fünfzehn Mark) zu hinterlegen, welche bei Vertragsauflösung zurückgezahlt werden.

Die Kellnerinnen haben das ihnen zugeteilte Revier in peinlichster Ordnung zu halten, abends nach Schluß die Tische abzudecken, Stühle hochzustellen, ferner sich morgens beim allgemeinen Reinigen der Menagen und sonstigen auf den Tisch gehörigen Gegenstände zu beteiligen, sowie Tische und Stühle von Staub zu befreien. Diese Arbeit muß jedoch früh 1/2 9 Uhr laut Ausstellungsvertrag fertig sein.

Jede Kellnerin hat sich auf ihre Kosten eine Ausstellungsbaukarte zu lösen, welches durch Vermittlung der Herren Kühn oder Scherff zu geschehen hat. Der Betrag hierfür ist beim Vertragsabschluß zu entrichten.

Jede Kellnerin hat genügendes Wechselgeld respektive Barbestand mitzubringen, da nur gegen bare Kaffe Waren abgegeben werden.

Jede Zuwiderhandlung zieht sofortige Entlassung ohne Lohn oder sonstige Entschädigung nach sich.

Alle Nebenabmachungen sind ungültig.

Wahren-Leipzig, am

Unterschrift der Arbeitgeber:

Unterschrift des Arbeitnehmers:

Lohn: Keinen, Kost: keine, Wohnung: keine. Das heißt, der Arbeitgeber hat überhaupt keine Verpflichtungen seinem Personal gegenüber, dafür aber um so mehr Rechte. Arbeits- und Erhpausen sind nicht vorgesehen, ein Mindestmaß von Nachtruhe wird nicht garantiert, Ruhetage werden nicht bewilligt. Dagegen haben die Kellnerinnen noch raffiniert ausgedachte Tributzahlungen zu leisten für die gnädige Erlaubnis, sich bis zum Verfall ihrer Kräfte abradern zu dürfen. Aus dem Erlös ihrer Trinkgelber — bekanntlich die unwürdigste Entlohnungsart, die es gibt — haben

sie Tag für Tag, gleichviel, ob etwas zerfchlagen wurde oder nicht, 30 Pf. für Bruch zu entrichten. Nicht minder schädlich ist die Forderung der „Garantie“ summe von 15 Mk., am skandalösesten aber das Anfinnen, daß die Kellnerinnen für das Betreten ihrer Arbeitsstätte ein Eintrittsgeld zu zahlen haben. . . .

Die Kellnerinnen stehen der Organisation, der einzigen Waffe gegen Übergriffe des Unternehmertums, im allgemeinen noch gleichgültig gegenüber. Sonst wären solche Exzesse der Profitwut einfach unmöglich.

M. Kt.

Sozialistische Frauenbewegung im Ausland.

Der erste sozialistische Frauentag in Rußland. Von den Genossinnen in St. Petersburg ist der Beschluß gefaßt worden, am selben Datum wie die Sozialistinnen im Ausland den ersten Frauentag zu veranstalten. Ein besonderes Blatt soll an diesem Tage erscheinen, das sich mit der Forderung des Wahlrechtes für die Arbeiterinnen beschäftigen wird. Wo es möglich ist, werden auch Versammlungen abgehalten. Die politische Rechtlosigkeit der Proletarierin fällt vielleicht in Rußland weniger auf als in den Ländern, wo die Männer bereits ein Wahlrecht besitzen, das allgemein oder doch nahezu allgemein ist. In Rußland ist die proletarische Frau mit dem Proletarier in der gemeinsamen Rechtlosigkeit gleichberechtigt. Aber gerade gegen diese gemeinsame Rechtlosigkeit soll der Frauentag sich wenden, indem er sie zum Bewußtsein proletarischer Massen bringt und diese anfeuert, den Kampf für ihr Recht aufzunehmen. Schon allein die geplante Vorbereitungsarbeit zum Frauentag kann in dieser Hinsicht große Dienste leisten. Die Veranstaltung selbst kann zum weiteren Ringen gegen den verruchten Zarisismus anspornen, kann angesichts des Wiederauflebens der Arbeiterbewegung in Rußland vorwärts treiben zu neuen kraftvollen politischen Aktionen. Aber auch für die ausländischen Genossinnen und Genossen hat der erste russische Frauentag große Bedeutung. Man denke: in dem Lande der Knechtschaft, der Willkür, der Knute, im Reiche des blutigen Selbstherrschafters ist die Energie und Zähigkeit der sozialistischen Frauen groß genug, ist ihre Opferfreudigkeit so stark, daß sie zusammen mit ihren Schwestern im Ausland das Banner der politischen Gleichberechtigung erheben. Muß dieser Beweis glühender Freisinnigkeit, revolutionärer Tatkraft nicht die Genossinnen in allen Ländern anspornen, ihre ganze Kraft für den Erfolg des Frauentags einzusetzen? Das hehre sozialistische Ideal verpflichtet.

Frauenstimmrecht.

Die Forderung des Frauenwahlrechtes zu allen gesetzgebenden Körperschaften im Deutschen Reiche wird die Sozialdemokratie demnächst im Reichstag verteidigen. Sie hat dort einen Antrag eingebracht auf Einführung des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechtes für alle über 20 Jahre alten Staatsbürger ohne Unterschied des Geschlechts zu allen gesetzgebenden Körperschaften im Deutschen Reiche. Wenn diese Nummer in die Hände unserer Leserinnen gelangt, so dürfte gerade über dieses „umstürzlerische“ Begehren im Reichstag verhandelt werden. Es ist nicht das erste Mal, daß die Sozialdemokratie dort die staatsrechtliche Mündigkeit für das weibliche Geschlecht fordert und, wie die Dinge liegen, wird es noch lange nicht das letzte Mal sein, daß sie das tut. Ohne als Pythia im heiligen Hain zu Delphi auf dem Dreifuß gesehnen zu haben, kann man schon den Ausgang der Verhandlungen voraussagen. Der Antrag wird abgelehnt, und nicht einmal die fortschrittlichen Volksparteiler werden geschlossen ein schwächliches Lippenbekenntnis zu seinen Forderungen stammeln, namentlich nicht zum Frauenwahlrecht. Der Vorstoß der Sozialdemokratie ist ein bedeutamer Aufstoß zu unserem Frauentag. Er muß die Tatkraft und Hingebung der Genossinnen beflügeln und der Frauenwahlrechtsbewegung überhaupt vermehrte, starke Impulse geben. Die Verhandlungen über den Antrag unserer Partei werden der Agitation reiche, schneidige Waffen liefern. Wir werden sie gewissenhaft nützen.

I. K. Frauen als Gemeindegewählereinen in Oesterreich. Zwei Städte in Niederösterreich, Wiener-Neustadt und Waidhofen a. Ybbs, haben eine neue Wahlordnung, die das Wahlrecht auch den Frauen gibt, die eine direkte Steuer entrichten, mag diese noch so gering sein. Früher durften dort die Frauen ihr Wahlrecht nur mittels bevollmächtigter Männer ausüben. Das ist nun anders geworden, und jene Wählerinnen, die ledig oder verwitwet sind, wählen persönlich. Gleichzeitig mit dieser Reform ist die Proportionalwahl eingeführt worden. Die Wählererschaft ist

in vier Klassen eingeteilt, die nach den Steuerleistungen abgestuft sind. Die Frauen wählen im ersten, zweiten und dritten Wahlkörper. Am Mittwoch den 29. Januar gingen sie im dritten Wahlkörper zur Wahl. Hier wählten die niedrigst besteuerten Frauen: Obsthändlerinnen, Krämerinnen, Milchfrauen, Hebammen, Schneiderinnen, Friseurinnen, Masseusen usw. Bei einer Wählerzahl von 1215 waren 481 Frauen in die Wählerlisten eingetragen. Davon waren 268 verheiratet und konnten daher nicht selbst wählen, sondern der Ehemann hatte die Stimme seiner Frau abzugeben. 213 Frauen konnten dagegen ihr Wahlrecht persönlich ausüben. Dem Wahltag wurde mit dem größten Interesse entgegengesehen. Frauen an der Wahlurne! Wie werden sie wählen? Wie werden sie sich an der Urne benehmen? So fragten alle. Unsere politisch organisierten Genossinnen in Wiener-Neustadt hatten volle Arbeit geleistet. Von Haus zu Haus hatten sie agitiert, und es hatte auch eine Wählerversammlung mit Genossin Freundlich als Referentin stattgefunden. Bei den Frauen lag die Entscheidung, welche Kandidaten im dritten Wahlkörper die Majorität erlangen würden. Am Abend gab es nur eine Stimme: Die Frauen haben sich ausgezeichnet gehalten! Die sozialdemokratische Liste hatte die meisten Stimmen bekommen. Von 10 Kandidaten wurden 5 Sozialdemokraten gewählt und 2 sozialdemokratische Erfahrmänner. Wäre noch ein dritter Sozialdemokrat als Erfahrmann aufgestellt gewesen, so hätten wir auch ihn durchgebracht. Die Frauen haben für die Sozialdemokratie den Ausschlag gegeben. Gewiß haben nicht alle von ihnen sozialdemokratisch gewählt, aber doch der größere Teil. Vor der Wahlkommission hat es manche köstliche Szene gegeben. So erschien eine kleine Geschäftsfrau, ging in die Zelle, um ihren Stimmzettel in das Kuvert zu legen und erschien an der Urne. Da stellte der Wahlkommissar eine Frage, und es zeigte sich, daß diese Wählerin einen Ehemann hat, der nach dem Gesetz für sie wählen soll. Darüber empörte sich die Frau: „Was, ich zahle Steuern und er soll wählen gehen!“ rief sie aus. Aber es half ihr nichts, sie durfte nicht selbst den Zettel in die Urne legen. Bei einer anderen Wählerin stellte sich heraus, daß der Mann lebt, aber seit zwei Jahren in Amerika weilt. Zuerst wollte die Wahlkommission diese Frau nicht zur Wahl zulassen, aber die Wählerin wehrte sich für ihr Recht, und die Mehrheit der Kommission entschied schließlich für sie. Der „Anstand“ im Wahllokal wurde durch die Anwesenheit von Frauen nicht verletzt. Die Wahl widerlegte glänzend alle Einwände, die man gegen die Ausübung des Stimmrechtes durch die Frauen erhebt. Und nun, da ein großer Teil der weiblichen Wahlberechtigten selbst zur Urne gehen konnte, hörte der Mißbrauch mit ihren Stimmen auf. Die Frauen wurden nicht eine Peute der ersten besten Agitatoren, die kamen. Sie hörten alle an, die sich um ihre Stimmen bewarben und meinten dann: „Ja, wissen Sie, das darf man ja nicht sagen, für wen man stimmt, auch Ihnen nicht.“ Auch die zur Verfügung gestellten Wagen lehnten die meisten Wählerinnen ab. „Ich gehe schon allein,“ sagten sie. Und sie kamen allein und gingen unerschrocken zur Urne. Mancher deutschnationale Student, der mit der Kornblume im Knopfloch im Heim der Frauen erschien, scheiterte mit seiner Beredsamkeit über den „nationalen Gedanken“. Die Argumente unserer Genossinnen über Mißstände in der Gemeinde und über die Tätigkeit der Sozialdemokraten wirkte besser. So eroberten die Sozialdemokraten im vierten und im dritten Wahlkörper je 5 Mandate und im zweiten Wahlkörper auch noch 2. In diesem Wahlkörper waren unter 915 Wählern 476 Frauen, davon wählten 166 persönlich, 810 durch ihre Männer. Im ersten Wahlkörper gab es auch noch 200 Wählerinnen, darunter die Besitzerin des — Bordells.

Unsere Genossen sind voll des Lobes über die Frauen. Unsere Genossinnen haben die ganze schriftliche Wahlarbeit geleistet und waren an allen Wahlen unermüdet tätig. Der Bewegung für das Frauenwahlrecht geben die vorliegenden Erfahrungen in Wiener-Neustadt neuen Schwung, stärkere Triebkraft. Die Genossinnen werden die Lehren dieser Wahl, an der Frauen persönlich das Stimmrecht ausgeübt haben, in der Agitation ausnützen, um vor allem einen Vorstoß für das Gemeindegewählrecht zu machen. Auch unser Frauentag wird im Zeichen dieser Wahl stehen.

Die Gültigkeit des Frauenmandats zum böhmischen Landtag ist noch nicht ausgesprochen worden. Der Landesauschuß für Böhmen hat beschlossen, die Entscheidung über die Streiffrage dem Plenum des Landtags vorzubehalten. Unterdessen gehen zahlreiche Petitionen aus ganz Oesterreich ein, die dafür oder dagegen Stellung nehmen, daß die gewählte Frau — die tschechische Schriftstellerin B. Wil-Kunetizka — als Abgeordnete bestätigt wird.

a. p.

Aus der Geschichte des Kampfes um das Frauenwahlrecht in England. Es ist nahezu ein halbes Jahrhundert verstrichen, seit John Stuart Mill, der berühmte Vorkämpfer der Frauenemanzipation, im englischen Parlament einen Antrag auf volle politische Gleichberechtigung des weiblichen Geschlechts stellte. Es war 1867, als das Unterhaus über eine Vorlage zur Wahlrechtsreform zu beraten hatte, zu der Mill ein entsprechendes Amendement einbrachte. Es erhielt mehr als 80 Stimmen, ein guter Anfang. Zusammen sind bis jetzt 13 Vorlagen für Einführung des politischen Frauenwahlrechts in England eingebracht worden, und 7 davon haben in zweiter Lesung Annahme gefunden. Seit 1893 schon besteht im Parlament eine Mehrheit für das Frauenwahlrecht, die von Mitgliedern aller Parteien gebildet wird. Gegenwärtig schätzt man, daß zwei Drittel der Abgeordneten im Prinzip für die politische Gleichberechtigung des weiblichen Geschlechts sind.

Der Kampf um das Frauenwahlrecht in England ist im Parlament zunächst zu Ende, im Lande geht er weiter. Nach allem, was bekannt geworden ist, scheint es so gut wie sicher, daß die liberale Regierung den entscheidenden Spieß mit der Geschäftsordnung selbst zu dem Zwecke heraufbeschworen hat, die Frauen um das Wahlrecht zu pressen. Es ist kaum denkbar, daß niemand sich der betreffenden Bestimmung der Geschäftsordnung früher erinnert habe. Die Empörung der Frauenrechtlerinnen — besonders aber der „Kriegerischen Suffragetten“ — über das Schicksal der Anträge für Einführung des Frauenwahlrechts stieg daher bis zur Siedehitze. Bei vielen öffentlichen Veranstaltungen in London und der Provinz gab es den schon üblich gewordenen Nadau mit Verhaftungen von Suffragetten usw. Die Überzeugungsstärke dieser Frauenrechtlerinnen ist gewiß anerkennenswert, ebenso auch die Zähigkeit und Hingabe, mit der sie für ihr Ziel eintreten. Jedoch kein ernster Mensch wird sich einbilden, daß ihre Taktik — diese geschmacklose und vandalische Karikatur eines revolutionären Kampfes — die Sache des Frauenwahlrechts zum Siege führt. Viel bedeutamer dafür ist die unermüdete und geschickte Arbeit des „Stimmenwerbens“, das die konservativen und liberalen Frauen für die beiden großen bürgerlichen Parteien betreiben, denen sie angehören.

Weibliche Abgeordnete im Parlament von Utah. Die jüngsten Wahlen zu den gesetzgebenden Körperschaften in den Staaten der nordamerikanischen Union haben in Utah vier Frauen Mandate zum Abgeordnetenhaus gebracht. Die vier Erwählten haben sich verpflichtet, für folgende Forderungen der Frauenvereine im Staate einzutreten: Mutterschaftsversicherung; Anstellung von Gewerbeinspektorinnen für bestimmte Industrien; Minimallohne für weibliche Erwerbstätige; Gesundheitsatteste der Verlobten bei der Eheschließung.

Frauenbildung.

Der Mangel an höheren Mädchenschulen in Preußen wird durch die nachstehenden Angaben beleuchtet. Sie entstammen einer Erhebung über den Stand des höheren Mädchenschulwesens in den kleinen Städten des Landes, die vom „Preussischen Zentralverband für die Interessen der höheren Frauenbildung“ veranstaltet worden ist. Die Erhebung erfaßte 370 Städte mit mehr als 4000 Einwohnern, in denen kein anerkanntes Lyzeum besteht, das heißt keine zehnklassige höhere Mädchenschule, die die Schülerinnen für Studium und höhere Berufstätigkeit vorbereitet. Nicht eingerechnet sind dabei Dörfer und Flecken mit über 4000 Einwohnern, wie sie die industrielle Entwicklung in großer Zahl geschaffen hat. Nach der Erhebung fehlt eine solche Mittelschule ferner in 64 Städten mit 4000 bis 5000 Einwohnern, in 162 mit 5000 bis 10 000 Einwohnern, in 47 mit 10 000 bis 15 000 Einwohnern, in 17 mit 15 000 bis 20 000 Einwohnern, in 11 mit über 20 000 Einwohnern. Weit besser sorgen die Städte für die höhere Vorbildung der Knaben. In 301 Städten, die keine Mittelschule für die Mädchen haben, besteht eine solche für Knaben, in 11 Städten gibt es deren sogar zwei; eine Stadt mit 56 000 Einwohnern besitzt für ihre Knaben ein Gymnasium, eine Realschule und zwei Seminare mit Präparandenanstalten, für die Mädchen aber auch nicht eine höhere Bildungsanstalt. Die steigende Notwendigkeit, daß Frauen einen Beruf ergreifen, wird mit unabwiesbarer Gewalt einen Wandel in diesem Stand der Dinge durchsetzen.

Akademische Preise an der Universität Bonn haben zwei Frauen für besonders gute Arbeiten erhalten: Fräulein Landsberg für eine mathematische Abhandlung, Fräulein Kerck für einen Beitrag zur Shakespeareforschung.

Die Zahl der immatrikulierten Hörerinnen an der Berliner Universität hat in diesem Winterhalbjahr mit 904 ihre größte bis-

herige Höhe erreicht. Es studieren: 182 Frauen Medizin, neue Philologie 175, Germanistik 143, Geschichte 65, Mathematik 60, Philosophie 57, Nationalökonomie 43, Naturwissenschaft 38, alte Philologie 23, Chemie 21, Rechtswissenschaften 22 und Theologie 4.

Fürsorge für Mutter und Kind.

Kommunale Mutterschaftsfürsorge in Paris. Seit 1. Januar dieses Jahres erhalten in Paris bedürftige Frauen, die ihrer Entbindung entgegensehen, aus der Stadtkasse eine Beihilfe, die nicht als Armenunterstützung gilt. Bedingung für die Gewährung ist, daß die Schwangere seit zwei Jahren in Paris wohnt, und daß der Mann nicht über 1500 Franken Jahresverdienst hat.

In einer Untersuchung über die zunehmenden Fehlgeburten hat der Düsseldorfer Regierungspräsident die städtischen Verwaltungen, Krankenkassen und Stattenärzte seines Bezirks aufgefordert. Sie sollen nähere Angaben machen über die Arbeiterschaft in den einzelnen Verwaltungsbezirken, insbesondere über Zahl und Arbeitsbedingungen der Arbeiterinnen, ferner über die Ursachen, auf die die steigenden Fehlgeburten zurückzuführen sind. Schließlich fordert der Regierungspräsident Vorschläge ein, die geeignet scheinen, der Zunahme der Fehlgeburten entgegenzuwirken. Die Angaben sollen sich auf jedes der Kalenderjahre von 1906 bis einschließlich 1912 erstrecken. Die amtliche Verfügung bestätigt, daß auch im Düsseldorfer Regierungsbezirk traurige Zustände vorhanden sind, die laut nach durchgreifendem Arbeiterinnenschutz und umfassender Mutterschaftsfürsorge schreien, die Hebung der proletarischen Klassenlage überhaupt fordern. Die vielberufene „Christliche Caritas“ — Barmherzigkeit — hat das Aufkommen und Überwuchern solcher Zustände in dem frommen Bezirk nicht zu verhindern vermocht. Ob nun die Besitzenden und Herrschenden verstehen, was die Folgen der Zustände reden?

Die Frau in öffentlichen Ämtern.

Polizeiaffizentinnen in Deutschland. Die vielgenannte und -umstrittene Frau Dr. Schapiro, die bisher als Polizeiaffizentin in Mainz nur „beschäftigt“, nicht aber „angestellt“ war, hat nun feste Anstellung erhalten, und zwar mit rückwirkender Kraft vom 1. April 1910 an. Auch die zunächst versuchsweise verwendete Polizeiaffizentin in Straßburg soll nach Zeitungsmeldungen fest angestellt worden sein.

Die Vernunft von Frauen in den städtischen Schulausschuss in Bittau ist der erste Fall dieser Art im Königreich Sachsen. In dieser Stadt hatte der „Verein zur Förderung der Frauenbestrebungen“ ein Seminar für Haushaltungs- und Handarbeitslehrerinnen begründet. Die Bildungsanstalt wurde nun von der Kommune übernommen, und im Anschluß daran beriefen die städtischen Behörden zwei Frauen ehrenamtlich, also unbesoldet, in den Schulausschuß. Es sind dies Frau Wolff, eine Schwägerin des süßlichen Dichters Julius Wolff, und die Romanschriftstellerin Frau Judeich-Mierswa.

Zu dem am 2. März stattfindenden diesjährigen Frauentag erscheint wie im verflossenen Jahre ein Agitationsblatt für das

Frauenwahlrecht.

Herausgegeben von Klara Zethin.
16 Seiten im Format der Gleichheit.

Das Blatt wird einen reichen Inhalt und eine Reihe guter Illustrationen bringen. Es soll der Agitation unter den breitesten Massen dienen.

Preis der Einzelnummer für den Wiederverkauf 10 Pfennig. Die Organisationen erhalten das Blatt zu den für die Gleichheit üblichen Bedingungen.

Bestellungen sind sofort an die Expedition der Gleichheit, Stuttgart, Furtbachstraße 12, einzusenden.

Genossinnen! Sorgt für die Massenverbreitung eures Wahlrechtsblattes!

Verantwortlich für die Redaktion: Frau Klara Zethin (Bundel), Wilhelmshöhe, Wolf Degerloch bei Stuttgart.
Druck und Verlag von F. G. W. Diez Nachf. G. m. b. H. in Stuttgart.